



Protokoll des Einwohnerrats

XIV. Legislaturperiode 2024-2028

19. Sitzung vom 24. August 2026

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.10 Uhr

Leitung: Nina Eldridge (Präsidentin)

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: Peter Frauchiger, Niklas Mattsson, Brigitte Schori

Verspätet: Andrea de Fregias (anwesend ab 19.41 Uhr)

Präsidentin:

Nina Eldridge

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP heisst ihre Kolleginnen und Kollegen des Einwohnerrats, die Mitglieder des Gemeinderats sowie die Gäste herzlich willkommen zur ersten Sitzung des Einwohnerrats im neuen Amtsjahr 2026/2027, im dritten dieser Legislatur. Sie begrüsst auch ein neues Mitglied im Rat. Pascal Treuthardt ist für Kevin Lancashire in der FDP-Fraktion nachgerückt. Die Präsidentin wünscht ihm viel Energie und Freude bei seinem Amt.

Mitteilungen der Präsidentin

Die Votantin hofft, dass alle Anwesenden schöne Sommerferien hatten und neue Energie tanken konnten. Gemessen an der Anzahl neu eingegangener Vorstösse war es wohl v.a. politische Energie. Heute wird eines der wenigen Male sein, an dem sich die Präsidentin persönlich äussern kann. Die Aufgabe des Präsidiums ist es, für einen geregelten und korrekten Ablauf der Sitzung zu sorgen. An den inhaltlichen Diskussionen sollten sie sich nicht beteiligen. Diese Umstellung hat sie vor allem gespürt, als sie ins Vizepräsidium gewählt wurde. Daher wünscht sie ihrem Vizepräsidenten Christian Schmid starke Nerven und viel Geduld. Es ist nicht immer einfach nichts zu sagen, aber man gewöhnt sich mit der Zeit daran.

Die Präsidentin freut sich sehr auf das kommende Amtsjahr. Sie hofft auf spannende Themen, angeregte Diskussionen und am Schluss auf pragmatische Entscheidungen, hinter der eine Mehrheit des Rats stehen kann. In der Schweiz befindet man sich in der privilegierten Situation, dass man sich direkt in die Politik einbringen kann, während weltweit politische Mitbestimmung vermehrt unter Druck steht. Darum sollten die Anwesenden die politischen Mittel, die sie zur Verfügung haben, voll und ganz ausschöpfen. Aber gerne mit Sinn und Verstand und auch nur so viel wie nötig. Unsere Politik lebt von engagierten Menschen, die sich neben ihrem beruflichen Alltag für die Gemeinde einsetzen möchten. Sie sind keine Berufspolitiker. Alle sitzen hier, weil sie das Beste für Binningen möchten. Man ist sich halt nicht immer einig, was das Beste ist. Genau aus diesem Grund bittet sie darum, in den Diskussionen sachlich zu bleiben ohne persönlichen Angriff. Denn man erreicht nur Gutes, wenn man zusammenarbeitet und nicht gegeneinander. Die Votantin dankt allen für ihr Engagement. Sie hofft auf ein spannendes Jahr mit viel Freude, Leidenschaft und Respekt.

Bevor die Sitzung startet, möchte die Rednerin noch ein paar kurze Sachen erwähnen. Zur Erinnerung: Die Redezeit für Fraktionsvoten und alle erstmaligen Wortmeldungen sind fünf Minuten. Für alle weiteren Wortmeldungen sind es zwei Minuten. Das Präsidium wird darauf achten, dass diese Redezeit eingehalten wird. Dann noch eine kurze Bitte. Bei den Voten das Mikrofon bitte nahe an sich heranziehen und direkt hineinsprechen, damit wirklich alle klar und deutlich zu hören sind. Bei den Abstimmungen bittet sie darum, mit dem Gerät auf die Empfängerbox auf der Bühne zu zielen und auf dem Screen zu überprüfen, ob die eigene Stimme registriert wurde. Jetzt noch ein letzter Punkt: Wissen die Ratsmitglieder eigentlich, wie oft man sich täglich ins Gesicht fasst? Es wird geschätzt, dass es ca. 800 Mal am Tag ist. Daher war es für sie nicht immer einfach zu wissen, ob sich die Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen melden oder ob sie sich einfach an der Nase kratzen wollten. Um das Leben des Vizepräsidenten etwas einfacher zu machen, bittet sie darum, sich deutlich und mit Augenkontakt zu melden, damit man auch wirklich auf der Rednerliste landet.

Präsenz

Für die Sitzung entschuldigt haben sich Peter Frauchiger, Brigitte Schori, beide FDP, und Niklas Mattsson, SVP. Andrea de Fregias, SP, wird sich etwas verspäten. Damit sind aktuell 36 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 19 Stimmen, das Eindrittelmehr bei 12, das Zweidrittelmehr bei 24 Stimmen.

Wie üblich gibt es zu Beginn der Sitzung eine Probeabstimmung, um zu prüfen, ob die Geräte ordnungsgemäss funktionieren. Das Überlegen dieser Frage fand die Präsidentin fast das Schwierigste heute. Sie

hat sich nun entschieden, dass das Thema dieses Jahres «Astronomie» sein wird. Einfach einmal etwas, das überhaupt nichts mit Politik zu tun hat. Bei der ersten Probeabstimmung zeigt sich, dass die Abstimmungsanlage noch nicht ordnungsgemäss läuft. Nach dem Verlesen der Vorstösse wird eine erneute Probeabstimmung durchgeführt. Diese klappt.

Neue Vorstösse

Nr. 153, Anfrage R. Büchelin, SP: Mobilfunk-Abdeckung Schulhaus Meiriacker

Nr. 157, Anfrage S. Hauri, Grüne/EVP: Massnahmenplan Klimaanpassung

Nr. 158, Anfrage L. Behrends, FDP, und Chr. Schmid, SVP: Steuerrückvergütung: Transparenz über die kantonale Rechtsbeurteilung

Die schriftlichen Antworten auf die Anfragen wurden heute verschickt und auf der Webseite publiziert. Somit gelten die Anfragen als erledigt.

Präsidentin Nina Eldridge, Mitte/GLP geht die weiteren neu eingegangenen Vorstösse durch und fragt nach, ob jemand seinen Vorstoss begründen möchte.

Nr. 151, Interpellation H. Steffen, SVP: Wiederholte illegale Bereitstellung und Entsorgung von Hauskehricht und Sperrgut

Nr. 152, Interpellation Chr. Schmid, SVP: Asylquote, finanzielle Auswirkungen und zukünftige Entwicklung der Asylkosten in Binningen

Nr. 154, Postulat G. Löhr, SP: Schattige und grüne Oasen in Binningen

Gaida Löhr, SP möchte ihr Postulat begründen, da sie sich den Vorstoss relativ lange überlegt hat. Es steht nichts in ihrem Vorstoss, was eigentlich nicht schon bekannt ist und der Gemeinderat mittelfristig nicht sowieso schon plant. Sie hat das Postulat dennoch eingereicht, da sie findet, die Zeit des Planens sei vorbei. Das entspricht auch der Stossrichtung der Anfrage von Sirin Hauri. Es ist jetzt wirklich dringend umzusetzen. Nicht die grossen Würfe, aber zumindest die kleinen, damit man im nächsten Sommer anders dasteht als diesen Sommer.

Nr. 155, Interpellation P. Bürgler, SP: Hitzeschutzmassnahmen der Gemeinde Binningen

Patrick Bürgler, SP findet, man müsse nach dem Hitzesommer, den man dieses Jahr erlebt hat, nicht mehr gross begründen, warum es langsam überlebenswichtig wird, Massnahmen zum Hitzeschutz zu ergreifen. Er erlaubt sich aber noch die Bemerkung, dass man damit eigentlich nur Symptombekämpfung betreibt. Anpassungen an die Klimaveränderungen sind dringend nötig, aber man sollte vor allem die Ursache, nämlich den Klimawandel selbst, bekämpfen und dies überall dort, wo es möglich ist, auch machen. Die Zeit der Ausreden ist nach Ansicht des Interpellanten vorbei. Dass es ja eh nichts nutze, wenn man es nur in Binningen mache, im Kanton, in der Schweiz. Alles, was hilft, zählt. Alles, was man nicht macht, verschlimmert die Situation massiv.

Nr. 156, Interpellation Th. Häfele, FDP, und J. Lüthi-La Roche, FDP: Werbung im öffentlichen Raum

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 22. Juni 2026	
2. Ersatzwahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission ab dem 01.09.2026 für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	149
3. Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028	143
4. Bericht / Antrag der Bau- und Planungskommission vom 29.06.2026 Investitionsausgabe für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg – Bericht der BPK	115
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 10.02.2026 Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17 Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	102
6. Bericht / Antrag des Gemeinderates vom 03.03.2026 Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten Geschäftskreisführung: Philippe Meerwein	98
7. T. Häfele, FDP: Antrag auf Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates	137
8. Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 14.04.2026 Interfraktionelles Postulat: Bessere Ordnung und mehr Sicherheit durch Zweiradparkplätze Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	104
9. Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 14.04.2026 Interpellation: Umsetzung von sicheren Velorouten in der Gemeinde Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	109
10. Bericht/Antrag des Gemeinderats vom 02.06.2026 Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	55
11. Diversa	

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 22. Juni 2026

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge eingegangen seien. Gibt es Änderungswünsche zum Protokoll? Das ist nicht der Fall.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 149

Ersatzwahl eines Mitglieds der Rechnungsprüfungskommission ab dem 01.09.2026 für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Präsidentin Nina Eldridge, GLP teilt mit, Peter Frauchiger habe seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat per 31. August 2026 erklärt. Damit wird sein Sitz in der Rechnungsprüfungskommission ab dem 1. September frei.

Leon Behrends, FDP schlägt namens der FDP Nora-Mikaela Stahl als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode vor. Die Wahl soll per 1. September 2026 erfolgen, gleichzeitig mit ihrem Nachrücken in den Einwohnerrat.

Da keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

BESCHLUSS

://: Nora-Mikaela Stahl, FDP, wird ab dem 1. September 2026 für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Mitglied in die Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 143

Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds der Immobilienkommission für die restliche Amtsperiode bis 30.06.2028

Die Präsidentin führt aus, der Sitz von Marco Giani als Ersatzmitglied in der Immobilienkommission sei frei geworden.

Leon Behrends, FDP nominiert namens seiner Fraktion Pascal Treuthardt als Ersatzmitglied.

Da es keine weiteren Wahlvorschläge gibt, kann eine Stille Wahl vorgenommen werden.

STILLE WAHL

://: Pascal Treuthardt, FDP, wird für die restliche Amtsperiode bis 30. Juni 2028 als Ersatzmitglied in die Immobilienkommission gewählt.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 115

Investitionsausgabe für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg – Bericht der BPK

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP fragt, ob das Eintreten bestritten ist.

Roman Oberli, SVP teilt mit, er bestreite das Eintreten nicht per se. Die SVP möchte an dieser Stelle aber gerne einen Rückweisungsantrag an die BPK stellen. Die Fraktion ist der Ansicht, dass leider nicht alle Varianten ausführlich geprüft wurden.

Stefan Kaiser, FDP hat das Votum von Roman Oberli akustisch nicht verstanden. Er bittet darum, dass sein Vorredner sein Votum nochmals wiederholt.

Roman Oberli, SVP äussert, die SVP fordere die Rückweisung an die BPK zur erneuten Prüfung. Die Fraktion ist der Ansicht, dass nicht alle Varianten, bei denen man insbesondere auch hier im Rat gefordert hat, dass sie angeschaut werden, ausführlich geprüft wurden.

ABSTIMMUNG

Rückweisung des Geschäfts an die BPK: 6 JA / 30 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 02, vgl. Anhang)

://: Das Geschäft wird nicht an die BPK zurückgewiesen.

Es gab erneut Probleme mit der Abstimmungsanlage. Die Präsidentin erklärt, sollte es nochmals zu technischen Störungen kommen, werden die Stimmenzähler/innen zum Einsatz kommen.

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

BPK-Präsident Lewin Lempert, SP äussert, die Debatte fange ja spannend an, wenn schon vor der Berichtspräsentation die Rückweisung des Geschäfts gefordert werde. Aber es passt zur Historie des Geschäfts. Die Neuerschliessung der Blumenstrasse beschäftigt die Binninger Lokalpolitik schon seit Jahren und war auch schon mehrfach Thema im Einwohnerrat. Die heutige Situation ist weder aus rechtlicher noch aus sicherheitstechnischer Sicht zufriedenstellend. Gleichzeitig steht man heute vor einer Vorlage, die auf den ersten Blick teuer erscheint. Knapp 3 Millionen Franken für die Erschliessung einer vergleichsweise kleinen Anzahl Haushalte. Gerade darum war es wichtig, dass die BPK diese Vorlage nicht einfach durchgewunken, sondern in vielen Sitzungen und mit vielen Anhörungen von externen Fachpersonen in Detail beraten hat. Die Kommission hat verschiedenste Alternativen geprüft. Eine Erschliessung der Blumenstrasse über die Bottmingerstrasse, über den Parallelweg bei der Lindenstrasse, über das Primus-Areal, oberirdisch, unterirdisch, auch Varianten mit einer Beibehaltung des Bahnübergangs. All die verschiedenen Varianten können im Bericht der Kommission nachgelesen werden. Das Resultat

der Prüfung ist klar. Keine der anderen Varianten ist wirklich günstiger, einfacher oder realistischer. Teilweise wären Enteignungen notwendig. Viele Enteignungen mit hohen Kosten für die Gemeinde. Teilweise wären die Schulwegsicherheit oder der Verkehrsfluss nicht gegeben. Andere Lösungen wären technisch nicht umsetzbar oder noch teurer als die auf dem Tisch liegende Lösung mit der Erschliessung via Brücke vom Schafmattweg. Die Neuerschliessung über den Schafmattweg mit einer Brücke ist deshalb nicht zwingend die perfekte Lösung. Aber sie ist nach eingehender Prüfung die realistischste und insgesamt auch die billigste Lösung.

Ein wichtiger Punkt für die BPK war die Finanzierung. Die ursprünglich vorgesehene Kostenbeteiligung der BLT von 33 Prozent war der Kommission zu tief, weil die Neuerschliessung der Blumenstrasse mit dem behindertengerechten Umbau der Tramhaltestelle und mit der Aufhebung des heutigen Bahnübergangs zusammenhängt. Klammerbemerkung: Der Votant findet es wichtig, dies klarzustellen. Die heutige Zufahrt zu dieser Strasse ist auch ohne den behindertengerechten Umbau der Haltestelle eisenbahnrechtlich und sicherheitstechnisch eigentlich nicht haltbar. Betreffend Finanzierungsschlüssel hat die Kommission Druck gemacht, insbesondere bei der Anhörung des Vertreters der BLT und dies mit Erfolg. Die BLT beteiligt sich nun mit 40 Prozent an den Kosten. Dadurch sinken die Kosten für die Gemeinde Binningen um 210 000 Franken. Auch bei der Begegnungszone hat die BPK versucht, Kosten einzusparen. Die ursprünglich vorgesehenen 215 000 Franken waren aus Sicht einer Mehrheit der Kommission zu hoch angesetzt. Gleichzeitig war die Kommissionsmehrheit der Ansicht, dass grundsätzlich eine Begegnungszone in dieser Strasse Sinn macht aus einer Sicherheitsperspektive, Tempo 20, aber auch weil Klimaanpassungsmassnahmen wichtig sind. Auf Wunsch der BPK hat der Gemeinderat den Kostenvoranschlag für die Begegnungszone angepasst auf das Kostendach von 100 000 Franken und auf das Nötigste reduziert. Das heisst, Fokus auf Gärtnerarbeiten, aber viel weniger Sitzelemente, kein Naturbrunnen und eine leichte Reduktion bei den Markierungen. Sprich: Für die, die es genau wissen möchten und den Kostenvoranschlag im Geschäft angeschaut haben, im Vergleich zum Kostenvoranschlag, wie er vorliegt, wäre der neue Kostenvoranschlag plus/minus ohne den Posten «Ausstattung Geräte». Die anderen Posten würden plus/minus gleich bleiben mit leichten Anpassungen. Auch um die Mehrheitsfähigkeit dieses Geschäfts sicherzustellen, hat sich die Kommissionsmehrheit hinter diesen Kompromissvorschlag gestellt.

Gleichzeitig, dies einfach noch als Botschaft Richtung Gemeinderat, besteht ein Bedürfnis der BPK, dass für zukünftige Begegnungszonen-Projekte etwas klarere Richtlinien, Vorgaben oder Standards seitens Gemeinde etabliert werden, was zu einer Begegnungszone mindestens dazugehört, was die Standard-Begegnungszone ist und was vielleicht ein etwas höherer Ausbaustandard ist. Oder was im Bereich Klimaanpassungsmassnahmen zwingend gemacht wird und was nice-to-have ist. Es war für die BPK nicht ganz einfach herauszufinden, wie sie dies bei diesem Geschäft anschauen kann. Eine Kommissionsminderheit hätte den Vollausbau der Begegnungszone, wie es vom Gemeinderat vorgeschlagen wurde inkl. Naturbrunnen und mehr Sitzelementen, begrüsst. Das Argument war, dass Binningen nicht viele öffentliche Orte mit guter Aufenthaltsqualität im Aussenraum hat, gerade im Kontext der zunehmenden Hitzesommer. Insgesamt, mit diesen zwei Einsparungen bei der Begegnungszone und der Kostenbeteiligung der BLT, sinken die Kosten dieser Vorlage im Vergleich zur Gemeinderatsvariante von 3,265 Mio. Franken auf 2,94 Mio. Franken. Der Votant hat es am Anfang gesagt, die Vorlage ist nicht billig, aber sie ist sorgfältig geplant und es ist der richtige Weg zur Erschliessung der Blumenstrasse. Klar ist auch, man kann nicht einfach nichts machen. Denn die Strassenerschliessungspflicht liegt nun mal bei der Gemeinde Binningen. Die Gemeinde muss die Haushalte, die an der Blumenstrasse wohnen, mit einer Strasse erschliessen, damit sie mit dem Auto erreicht, damit Notfalldienste dorthin fahren und der Kehricht vorbeikommen kann. Dafür ist die vorgeschlagene Variante via Brücke am Schluss die beste Lösung. Daher beantragt die BPK, die Investitionsausgabe von 2,94 Mio. Franken für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg zu genehmigen.

Olivier Kremo, SVP führt aus, die Frage der Erschliessung der Blumenstrasse sei überhaupt erst aufkommen, weil die BLT zum einen eine behindertengerechte Haltestelle braucht und zum anderen hat

man die jetzige, etwas suboptimale Einfahrt in die Blumenstrasse neben dem Migros Gorenmatt. Der Auftrag an die BPK kam zustande, da es eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Vorschlag gab. Es ging darum, eine bessere Lösung zu finden mit mehr Sicherheit zu günstigeren Kosten. Da ist man auch beim Punkt, weshalb die SVP diesen Antrag nicht unterstützt. Aus Sicht der Fraktion wurden beide Ziele, mehr Sicherheit und tiefere Kosten, verfehlt. Die Alternativen wurden ihrer Meinung nach, sowohl von der Gemeinde als auch von Seiten der Kommission, zu wenig geprüft. Es gab auch zu wenig Forderungen an die BLT, nach besseren Lösungen zu suchen, sondern man hat es der BLT recht einfach gemacht. Zu den zwei Argumenten: Die erste Priorität «Sicherheit». Mit dem neuen Vorschlag, der in diesem Antrag kommt, müssen die Autos via Gorenmattstrasse in den Schafmattweg und dann in die Blumenstrasse einfahren. Dann müssen sie wieder über den Schafmattweg hinausfahren, die Velo-Strasse kreuzen, auf die man später an diesem Abend wahrscheinlich auch noch zu sprechen kommt, wo die Velos schnell fahren. Danach fahren die Autos über einen Schulweg und schlussendlich noch über die Lindenstrasse, wo das Mühlemattschulhaus steht. Das hat auch das Verkehrsgutachten gezeigt, welches in Auftrag gegeben wurde. Die SVP sieht eine grosse Gefahr für Unfälle, sei es mit Schulkindern oder Velofahrenden.

Das zweite Argument «Kosten». Prinzipiell ist es so, dass in einem solchen Fall wie diesem nirgends klar geregelt ist, wie die Kosten zwischen der Gemeinde und der BLT aufgeteilt werden. Tatsache ist aber, es ist primär ein Problem der BLT, da sie die behindertengerechte Haltestelle einrichten muss und vor allem ist die BLT unter Zeitdruck. Daher ist die Fraktion klar der Meinung, die Gemeinde hätte viel mehr rausholen können. Es wurde nie richtig verhandelt. Das, was erreicht wurde, wurde auf Druck der BPK erreicht. Mehr aber auch nicht. Die Mitglieder der BPK wissen, wie es wirklich zustande gekommen ist. Zum Glück weiss das die Öffentlichkeit nicht. Es geht um sehr viel Geld. Schon bei wenigen Prozentpunkten geht es um hunderttausende von Franken, die die Gemeinde gescheiter verwenden kann als dafür. Kurz zusammengefasst: Die SVP sagt Nein, da sie der Überzeugung ist, mit mehr Geduld würde die Gemeinde eine bessere Lösung finden, die weniger gefährlich ist und weniger kostet.

Rahel Amacker, Mitte/GLP dankt der BPK für die sorgfältige und umfassende Beratung dieses Geschäfts. Die Kommission hat zahlreiche Denkanstösse und Fragen diskutiert und geklärt sowie verschiedene Alternativen zur vorgeschlagenen Erschliessung geprüft. Für die Mitte/GLP zeigt diese Prüfung, die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg mit einer neuen Brücke ist die sinnvollste und realistischste Variante. Positiv beurteilen sie, dass die BPK bei den Kosten nochmals genau hingeschaut hat und eine Verbesserung erzielen konnte. Die unterschiedlichen Meinungen, die man vermutlich noch hören wird, bzgl. der Gestaltung der Begegnungszone kann die Fraktion nachvollziehen. Elemente, die zu mehr Aufenthaltsqualität beitragen, sind wertvoll. Gleichzeitig verstehen sie, dass bei solchen Investitionen von insgesamt fast 3 Mio. Franken Prioritäten gesetzt werden müssen. Darum können sie die Reduktion bei der Gestaltung mittragen. Wichtig ist für die Mitte/GLP, dass trotz Einsparungen die wesentlichen Elemente für die Verkehrssicherheit und Klimaanpassung erhalten bleiben. Für zusätzliche Elemente zur Aufenthaltsqualität gäbe es aus Sicht der Fraktion wahrscheinlich Orte, an denen diese Mittel besser eingesetzt werden könnten und deutlich mehr Menschen in Binningen davon profitieren würden. Beispielsweise entlang der Hauptstrasse oder in den Dorfzentren. Dort sieht die Mitte/GLP ein grösseres Potenzial und eine breitere Wirkung für die Bevölkerung. Mit dem vorliegenden Projekt kann die notwendige Erschliessung realisiert, die Sicherheit verbessert und die Klimaanpassung berücksichtigt werden. Gleichzeitig können die Gesamtkosten gegenüber dem ursprünglichen Antrag spürbar reduziert werden. Die Fraktion wird dem Antrag der BPK folgen.

Özlem Ipek-Avvisati, SP teilt mit, die SP unterstütze die vorliegende Lösung für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg und die neue Birsigbrücke. In der BPK wurden die verschiedenen Alternativen eingehend geprüft. Dabei hat sich gezeigt, dass die anderen Varianten entweder nicht realisierbar, teuer oder aus Sicherheitsgründen problematisch sind. Nicht unterstützen möchte die Fraktion jedoch die Beschränkung der Gestaltung der Begegnungszone auf 100 000 Franken. Die ursprüngliche Planung des Gemeinderats sah 215 000 Franken vor und beinhaltete u.a. einen Natursteinbrunnen und zusätzliche Sitzmöglichkeiten. Gerade diese Elemente würden die Qualität des öffentlichen Raums deut-

lich erhöhen. Bei einem Gesamtprojekt von rund 3 Mio. Franken erscheint es der SP nicht sinnvoll, auf 115 000 Franken zu verzichten, die einen wichtigen Beitrag zu einem attraktiven und klimaangepassten Ort leisten würden. Auch Wasserelemente finden sie wichtig. In diesem Rat wird immer wieder über notwendige Massnahmen gegen die zunehmende Hitze diskutiert. Gleichzeitig wird hier auf konkrete Elemente verzichtet, die zu einer klimaangepassten und attraktiven Aufenthaltsqualität beitragen würden, weil sie zu teuer sind. Deshalb beantragt die Fraktion, die Beschränkung der Begegnungszone auf 100 000 Franken aufzuheben und die ursprünglich vorgesehenen 215 000 Franken für die Gestaltung der Begegnungszone zu bewilligen.

Stefan Kaiser, FDP erläutert, im Strassennetzplan sei aufgezeigt, wie die Erschliessung über die Blumenstrasse geschehen soll. Das ist zum einen über den Bahnübergang, aber eben auch über eine Brücke in den Schafmattweg. Darum wird das Thema heute diskutiert. In der Bau- und Planungskommission wurden diverse Varianten angeschaut. Es wurden auch neue Ideen entwickelt. Das kann man alles im Bericht nachlesen. Nachlesen kann man aber eben auch, wer die unterschiedlichen Varianten als bewilligungsfähig einstuft / absegnet und was dann eben möglich wäre und was nicht. Daher ist es nach der intensiven Kommissionsberatung darauf hinausgelaufen, dass sehr wahrscheinlich die Brücke in den Schafmattweg und die Schliessung des Bahnübergangs die einfachste und beste Lösung ist, auch wenn sie die teuerste ist. Der Kostenschlüssel, den der Gemeinderat mit der BLT abgemacht hat, konnte aus Sicht der BPK etwas verbessert werden. Daher sind die Kosten etwas gesunken, was die Kommission sehr begrüsst hat und die FDP natürlich auch sehr begrüsst. Somit, mit all den diversen Varianten, kann sich die Fraktion hinter die Erschliessung der Blumenstrasse über die neue Brücke in den Schafmattweg einverstanden erklären.

Wenn man jetzt noch auf die Begegnungszone zu sprechen kommt, hat die FDP eine etwas andere Ansicht. Da man jetzt nur noch über die Brücke aus dem Schafmattweg in die Blumenstrasse fahren kann, wird die Blumenstrasse eigentlich zur Sackgasse. Somit kommt jeglicher Durchgangsverkehr wie auch Parkplatz-Suchverkehr prinzipiell zum Erliegen und die Gefahr für Kinder, die dort entlanggehen und in die Schule müssen, ist nicht mehr wirklich gegeben. Auch wird über eine Rampe über die Brücke rein- und rausgefahren, was per se schon ein Abbremsen der diversen Fahrzeuge, die diese Strassen befahren möchten, zur Folge hat. Somit sieht die Fraktion dort im Prinzip keine grosse Gefahr mehr und man hätte die ganze Begegnungszone so belassen resp. gar nicht errichten brauchen und eine 30er-Zone belassen können. Das hätte es aus ihrer Sicht auch getan. Nur, im Sinn der Gesamtvorlage und im Sinn eines Konsenses kann die FDP-Fraktion dem Vorschlag der BPK folgen.

Peter Bertschi, Grüne/EVP führt aus, das Thema der Erschliessung der Blumenstrasse beschäftige Binningen seit Jahren. Die heutige Situation, wo Autos das Tramperron bei der Haltestelle «Bottmingermühle» befahren müssen und die Ausfahrt über einen unübersichtlichen Bahnübergang geht, ist schlicht nicht mehr tragbar. Sie entspricht weder den eisenbahnrechtlichen Vorgaben noch der Verkehrssicherheit. Durch den behindertengerechten Ausbau resp. den Umbau der Tramhaltestelle durch die BLT aufgrund des Behindertengesetzes gibt es nun dringenden Handlungsbedarf. Die bisherige Zufahrt ist schlicht nicht mehr bewilligungsfähig. Die BPK hat aus Sicht der Grünen/EVP eine gründliche Arbeit gemacht und alle Alternativvarianten geprüft. Die Kommission kommt zum Schluss, dass Alternativen entweder zu Enteignungen führen, zu teuer oder verkehrstechnisch nicht machbar sind. Die Erschliessung über den Schafmattweg bzw. die Birsigbrücke, wie sie schon seit 2011 im Strassennetzplan verankert ist, ist die einzige verkehrssichere, verhältnismässige und realistische Lösung. Enteignungen werden so verhindert und die Trennung des Autoverkehrs und der Fussgängerzone schafft klare Verhältnisse.

Dass die BLT die Kostenbeteiligung auf 40 Prozent erhöht hat, begrüssen die Grünen/EVP als faires Verhandlungsergebnis, das die Gemeindekasse um 210 000 Franken entlastet. Bei der Begegnungszone macht die Fraktion aber einen klaren Schnitt. Die BPK will das Budget reduzieren. Die Grünen/EVP halten dies für einen grossen Fehler und für Sparen am falschen Ort. Binningen hat nicht gerade viel öffentlichen Raum, wo man mit gemüthlicher Aufenthaltsqualität draussen sein kann. Der Vollausbau der Be-

gegnungszone, wie ihn der Gemeinderat ursprünglich angedacht hat, ist kein Luxus, sondern aus folgenden Gründen für die Fraktion essenziell. Man schafft dort attraktiv geschaffenen Raum mit Bänken und Bepflanzungen und einen lebendigen Treffpunkt für Anwohnende, Familien und Kinder und wertet die Aufenthaltsqualität auf. Wegen heissen Sommern muss bei jedem Strassenbauprojekt in Zukunft auch auf die Beschattung geachtet und auf Entsiegelung und Begrünung gesetzt werden. Da darf man nicht aufs Minimum reduzieren. Der Votant kommt zum Schluss. Die Fraktion der Grünen/EVP stimmt der Erschliessung der Blumenstrasse über die Birsigbrücke zu. Für die Begegnungszone beantragen sie aber einen Vollausbau gemäss dem Vorschlag des Gemeinderats.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die Rückmeldungen. Sie möchte zuerst v.a. der BPK für ihre Arbeit danken. Sie hat zeitenweise fast selbst angefangen zu planen. Die Kommission kann sich sicher nicht den Vorwurf machen, dass sie das Ganze nicht seriös abgeklärt hat. Es wurde eigentlich fast alles gesagt. Die Votantin möchte nur auf zwei, drei Sachen eingehen. Es ist nicht die BLT, die die Haltestelle braucht, sondern es ist das Behindertengleichstellungsgesetz. Das ist ein Bundesgesetz, über das die Anwesenden alle vor ein paar Jahren abgestimmt haben, das sagt, dass die Haltestellen so umgebaut werden müssen. Die BLT ist Leistungserbringerin für den Kanton und hat einen entsprechenden Auftrag. Es ist nicht so, dass die BLT die Haltestelle aus Eigennutz und Freude umbaut. Sie macht das, weil sie gesetzlich dazu verpflichtet ist. Vor diesem Hintergrund ist es sehr grosszügig, dass die BLT der Gemeinde beim Kostenteiler entgegengekommen ist. Die Votantin hat auch gegenüber der BPK gesagt, dass ein solcher Kostenteiler keine exakte Wissenschaft ist. Da gibt es keine Excel-Tabelle, wo man Kosten, Nutzen und Benutzer/innen etc. einfügen kann. Daher war es ein Entgegenkommen der BLT, das der Gemeinderat sehr schätzt und es ist auch gut, dass die BPK dort nochmals nachgefragt hat.

Im Weiteren ist das Thema, dass es die sinnvollste und letztlich einzig mögliche Erschliessung ist. Das hat die BPK auch klar aufgezeigt. Wenn die SVP jetzt sagt, es habe noch andere, bessere Varianten gegeben, kommt es der Rednerin so vor, wie wenn ihr ihre Frauenärztin sagt, sie habe einen Knoten in der Brust und man müsse ihn entfernen und sie sagt: «Nein, ich habe selbst getastet. Es ist alles Ok. Man muss nichts machen.». Es ist einfach unseriös, wenn man die ganzen Abklärungen von Fachexperten, die die Situation und die Varianten angeschaut haben, derart abtut und sagt, es habe bessere und auch noch günstigere Möglichkeiten gegeben. Es ist auch gegenüber der BPK, die sich sehr, sehr viel Mühe gemacht hat, dies abzuklären, relativ unanständig. Der letzte Punkt: die Ausgestaltung der Begegnungszone. Der Gemeinderat hat im Hinblick auf den Massnahmenplan Klimaanpassung, der 2022 verabschiedet wurde, bewusst Elemente reingenommen, die den künftigen klimatischen Verhältnissen in Binningen Rechnung tragen. Er ist der Meinung, das es verhältnismässig ist. Die Votantin erinnert an eine halbe Million Franken für das Sonnenbad, die hier im Rat gesprochen wurden. Sie will die Projekte nicht gegeneinander ausspielen, aber dort sind nicht nur Binninger/innen betroffen. Hier geht es nur um Binningerinnen und Binninger, für die man die Aufenthaltsqualität deutlich verbessern könnte und man könnte für die Zukunft ein Projekt machen, das vielleicht auch Vorbildcharakter hätte. In diesem Sinn würde es die Gemeindepräsidentin freuen, wenn der Rat dem Antrag des Gemeinderats zustimmen würde. Wenn es dann der Antrag der BPK wird, ist das immer noch besser als nichts.

Roman Oberli, SVP möchte sich kurz zum Vorwurf äussern, dass die SVP unseriös und unanständig handeln würde. Auch hier nochmals der Hinweis bzgl. Tonalität, die gewünscht wurde. Wenn, könnte man höchstens sagen, es sei unanständig, dass Varianten nicht geprüft oder zumindest nicht im Bericht erkenntlich geprüft wurden, die der Rat der BPK mitgegeben hat. Aber nochmals zurück zum Thema: Der Redner versteht immer noch nicht, was für ein Sicherheitsbeitrag eine Begegnungszone bringen soll. Ganz offenbar waren die meisten Mitglieder dieses Rats noch nicht oder noch nicht so oft in der Blumenstrasse. Er sieht zum Glück nicht, dass täglich irgendwelche Anwohner überfahren werden. Stattdessen spielen auch in einer 30er-Zone die Kinder auf der Strasse. So kann es und so soll es auch sein. Zudem hat es in dieser Strasse keine relevanten Unfälle mit dem MIV gegeben. Anstatt das Geld in eine Begegnungszone zu investieren, bei der eine Mehrheit der BPK aus seiner Sicht richtig zum Schluss gekommen ist, dass man das Geld besser wo anders investieren könnte, sollte man das Geld lieber einset-

zen, um das Problem zu lösen, das die neue Zufahrt generiert. Die Brücke führt nämlich direkt über den Veloweg. Man muss aus dem Winkel anfahren. Alle Anwesenden kennen das Verhalten der Velofahrer. Dann landet man schnell auf der Motorhaube. Der Redner stellt daher den Antrag, dass die Regelung des Verkehrs über die Zufahrtsbrücke mittels einer Lichtsignalanlage geregelt werden soll. Damit können Unfallgefahrenherde von Anfang an unterbunden werden. Gleichzeitig stellt er einen zweiten Antrag, dass auf die Schaffung der Begegnungszone zu verzichten ist. Man kann schon jetzt unfallfrei in der Blumenstrasse spielen. Zusätzlich wurde ihm von Anwohnern zugetragen, dass der Suchverkehr für Parkplätze in der Strasse in der letzten Zeit zugenommen habe. Daher wäre es vielleicht prüfenswert, ob man die Zufahrt über eine Zubringer/Anwohner-Schild-Regelung begrenzen soll.

Gaida Löhr, SP möchte den Gemeinderat unterstützen. Die Probleme, die ihr Vorredner angesprochen hat, sieht die Votantin durchaus. Sie kennt das Quartier und auch die Blumenstrasse. Sie glaubt aber nicht, dass es Sinn macht, dort ein Lichtsignal zu installieren. Zur Frage, was die Begegnungszone bringt. Hier geht es nicht nur darum, dass man unfallfrei spielen kann. Das ist ja nett. Bei der Begegnungszone liegt die Betonung auf der Begegnung, auf einem gewissen «wohl sein». Für die Rednerin ist ganz wichtig, wenn man die Geschichte der Blumenstrasse kennt und den Widerstand, den es im Quartier gab. Der Widerstand ist immer noch vorhanden, das sieht man an gewissen Ratsmitgliedern. Der Widerstand wurde aber deutlich weniger, als man die Vorschläge mit Begegnungszone gemacht hat. Sie empfindet es als ausgesprochen unfair, wenn man zuerst versucht, die Bevölkerung des Quartiers friedlich zu stimmen, indem man etwas verspricht, und dann in letzten Moment im Einwohnerrat sagt: «Haha, wir geben euch das doch nicht.». Das findet sie nicht sauber. Daher bittet sie darum, der Variante des Gemeinderats zuzustimmen. Ein Naturbrunnen vor einem Kindergarten ist allemal etwas sehr Sinnvolles.

Rahel Amacker, Mitte/GLP hält fest, dass es auf dem Schafmattweg nicht um das Verhalten der Velofahrenden geht. Es gibt dort eine Velovorzugsroute. Das heisst, es ist ganz klar, dass es um die Autofahrenden geht, die dort rein- und rausfahren. Das Gleiche gibt es bei vielen anderen Querstrassen ebenfalls. Der Outcome wird vermutlich ähnlich sein, ob man nun 20 km/h oder 30 km/h fährt. Wenn man 20 km/h fährt, ist man noch langsamer und sie ist überzeugt, dass die Anwohnenden dort vorsichtig rein- und rausfahren werden. Aber mit dem Verhalten der Velofahrenden hat es nichts zu tun. Das ist ganz klar geregelt. Die haben dort Vortritt.

Stefen Kaiser, FDP will nur kurz etwas zum Votum von Gaida Löhr sagen. Wenn man den Anwohnenden etwas verspricht, dann hat das Versprechen vermutlich der Gemeinderat gemacht, ohne dass der Einwohnerrat davor darüber befunden hat. Das ist ein problematisches Verhalten. Darum ist es nicht wirklich ein Argument. Der Einwohnerrat sagt, was man macht und der Gemeinderat führt dann aus.

Olivier Kremo, SVP gibt Rahel Amacker recht, was die Velofahrer betrifft. Als Velofahrer selbst muss er aber sagen, wenn man mit 20 km/h oder 25 km/h, vielleicht 30 km/h unterwegs ist, unterschätzen es die Autofahrer massiv, wie schnell man wirklich kommt. Gerade auf einer solchen Velostrasse ist man schnell unterwegs. Aus diesem Grund beurteilt er die Ausfahrt als gefährlich, auch wenn es in der Theorie und rechtlich standhält. In der Praxis sieht er, dass genau solche Situationen gefährlich sind. Es muss nur einer einmal nicht richtig schauen oder das Gefühl haben, es reiche noch, und dann ist es schon passiert. Darum beurteilt er die Variante als kritisch. Er gibt seiner Vorrednerin aber recht, prinzipiell hat der Velofahrer Vortritt.

Sirin Hauri, Grüne/EVP nennt noch ein Argument zum Vollausbau der Begegnungszone. Man weiss es ja. Es gab den sehr heissen Sommer und es wird nicht der Letzte sein. Es gibt den Massnahmenplan Klimaanpassung der Gemeinde. Dort gibt es verschiedene Anhänge mit Massnahmen, die ab 2026 Umsetzungspriorität haben. Es gibt ehrlich gesagt leider nicht so viele Sachen, die ganz konkret sind. Aber etwas ganz Konkretes, das dort steht, ist, dass man Wasserstellen schafft. Es reicht halt leider auch nicht, wenn es eine im Dorfzentrum hat, wo sich alle hinbewegen müssen, sondern es braucht vor Ort Orte, wo das Wasser verdunstet zum Abkühlen. Dass man eine Begrünung macht, ist super. Die Bäume waren

aber auch sehr trocken und haben nicht mehr viel verdunstet. Sie haben nicht mehr so gut gekühlt, wie sie dies normalerweise können. Es sind alles Massnahmen, die parallel erfolgen müssen und für die kein separates Budget zur Verfügung steht. Darum müssen sie im Rahmen solcher Umbauaktionen eingeplant werden. Wenn sie nun bei allen Strassenumbauprojekten weggestrichen werden, gibt es keine Klimaanpassung. Daher fände es die Votantin sinnvoll, wenn man hier die volle Ausbauvariante des Gemeinderats wählen würde.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP möchte auf das Reagieren, was Gaida Löhr und Stefan Kaiser ausgetauscht haben bzgl. angeblicher Versprechungen des Gemeinderats, an die der Einwohnerrat nicht gebunden ist. Zur Klarstellung: Der Gemeinderat hat gar nichts versprochen. Der Gemeinderat hat den Anwohnenden der Blumenstrasse das Projekt vorgestellt, wie man es dann auch plus/minus eins zu eins im Einwohnerrat überwiesen hat. aber selbstverständlich mit der Information, dass das Projekt in den Einwohnerrat geht und der Einwohnerrats darüber befinden muss. Versprechungen waren das keine. Vielleicht noch eine Anmerkung zu dieser Veranstaltung: Das Projekt wurde sehr gut aufgenommen. Auch Leute, die sehr kritisch waren, konnten sich davon überzeugen, dass es ein sinnvolles und gutes Projekt ist. Aber wie gesagt, Versprechungen hat der Gemeinderat keine gemacht.

Roman Oberli, SVP findet, fair enough, die ganzen Klimaargumente zur Begegnungszone könne man bringen. Aber er bittet darum, wenigstens ehrlich zu sein und nicht zu sagen, es sei ein Sicherheitsrisiko, das beseitigt werde. Denn das ist es nicht. Der Redner hat seine Anträge in zwei Punkte unterteilt. Man kann einerseits über die Begegnungszone diskutieren, das ist ein finanzpolitischer Antrag. Beim zweiten Antrag geht es effektiv um das Argument der Sicherheit. Rahel Amacker hat die Velovorzugsroute angesprochen. Wenn man die beiden vergleichbaren Strassen hinzuzieht, die dort in der Nähe betroffen sind, sind es zwei Strassen mit Kreuzungen, bei denen man eine relativ gute Übersicht hat. Wenn man die heutige Situation an der Blumenstrasse (IST-Zustand) nimmt, hat man links und rechts Bäume. Wenn die so stehengelassen werden, wie es auch sonst immer der Wunsch ist, dann ist es an dieser Stelle schon wesentlich kritischer, wenn man von unten nach oben fährt. Der Redner hat schon schlechter platzierte Ampeln gesehen als an dieser Stelle.

Dunja Bühler, FDP möchte als BPK-Mitglied auf die Worte des BPK-Präsidenten zu Beginn zurückkommen. Lewin Lempert hat erläutert, dass die Kommission dies sehr klar und ordentlich geprüft hat. Er hat auch erwähnt, dass die BPK die 210 000 Franken bei der BLT rausgeholt hat. Im Hinblick darauf findet sie, dass man den gesamten Baubeschrieb, wie von der Gemeinde vorgeschlagen, umsetzen sollte. Die 210 000 Franken hat man gewonnen, also macht man in diesem Sinn kein Verlustgeschäft. Mit den 210 000 Franken kann man dieser Blumenstrasse in Binningen doch eine Art Plus-Variante geben. Das scheint ihr ein gutes Zeichen. Die Votantin ist aber auch der Meinung, wie es der BPK-Präsident ausgeführt hat, dass man nicht jede Begegnungszone in Binningen quasi in der goldenen Variante ausbauen muss. Daher ist es wichtig, dass der Rat hier ein Auge darauf hat und schaut, wie man inskünftig die Begegnungszonen mit einem Minimumanspruch umsetzen kann.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP hat vorhin noch etwas vergessen bzgl. des Antrags, dass man dort eine Lichtsignalanlage einrichtet. Sie rät dringend davon ab, dass der Einwohnerrat jetzt auch noch beginnt, sich mit Lichtsignalanlagen zu befassen. Wenn es dort ein Bedürfnis gibt, dann berät die Fachgruppe Verkehr dies aufgrund von Erkenntnissen der Polizei und Verkehrsexperten und wenn der Bedarf besteht, wird es auch eingerichtet. Aber jetzt schon darüber zu beschliessen, bevor man überhaupt weiss, wie sich der Verkehr entwickelt und wo man abgesehen davon, wie Roman Oberli selbst sagt, weiss, dass es zig Einfahrten in den Schafmattweg ohne Lichtsignalanlage gibt. Sie bittet dringend um Zurückhaltung. Es ist nicht wirklich in der Zuständigkeit des Einwohnerrats. Aber der Gemeinderat anerkennt natürlich, und das ist gar keine Frage, das Bedürfnis nach Sicherheit für Schulwege und Velofahrende. Das berücksichtigt der Gemeinderat entsprechend.

Gaida Löhr, SP bleibt es noch, sich zu entschuldigen. Sie hat das Wort «Versprechungen» hier etwas

leichtfertig benutzt. Selbstverständlich gab es kein formales Versprechen. Dass Bewohner/innen zum Teil fanden, man habe ihnen ein Projekt vorgestellt, welches nachher so kommt, hätte sie niemals als Versprechen bezeichnen dürfen. Es tut ihr leid.

Felix Gerber, Mitte/GLP hat eine kleine Verständnisfrage. Wenn man über den Antrag der Streichung resp. Kürzung der Begegnungszone redet: Kann der BPK-Präsident oder die Gemeindepräsidentin nochmals ganz konkret sagen, was rausgestrichen wird? Der Votant versteht nämlich, dass die Begrünung eigentlich unverändert bleibt. Es geht nur um den Brunnen, Sitzgelegenheiten und Strassenmarkierungen. Ist das richtig oder hat er etwas falsch verstanden?

BPK-Präsident Lewin Lempert, SP bedankt sich für die Frage. Er hat versucht, dies in seinem Votum auszuführen. Wenn man den ursprünglichen Kostenvoranschlag des Gemeinderats anschaut, der im Geschäft verlinkt ist, sieht man dort den Posten «Ausstattung und Geräte» für 115 000 Franken. Wenn man minus 115 000 Franken rechnet, ist man genau auf den 100 000 Franken. Es war natürlich eine bisschen eine «Daumen mal Pi»-Geschichte mit dem Kostendach von 100 000 Franken. Es könnte sein, dass man bei den «Markierungen» noch etwas runtergeht, z.B. 5000 Franken, und bei der «Ausstattung und Geräte» macht man vielleicht trotzdem noch zwei Abfallkübel für 5000 Franken. Aber grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass alles im Bereich «Ausstattung und Geräte» gestrichen wird. Gemäss Auskunft in der Kommission ist der teuerste Posten in diesem Bereich der Brunnen. Der Brunnen ist nach Ansicht des Votanten schon Teil einer Klimaanpassungsmassnahme, aber die anderen Sachen sind sicher eher für das Thema öffentliche Aufenthaltsqualität etc. Der Redner muss aber auch sagen, dass die BPK schon sehr weit gegangen ist, über einzelne Abfallkübel zu diskutieren. Aus Sicht Kommissionspräsidium möchte er nicht, dass dies Schule macht, sondern es gibt Grundsatzentscheide. Seines Erachtens ist der Grundsatzentscheid, den der Rat heute Abend fällt, dass es einen Vorschlag des Gemeinderats gibt betreffend Begegnungszone und eine abgespeckte Version Begegnungszone hinter der die BPK steht. Der abgespeckte Vorschlag streicht Elemente, die für die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum vorhanden sind, aber Klimaanpassungsmassnahmen, wenn es um Grünflächen geht, behält er bei.

Stefan Kaiser, FDP möchte nochmals zu bedenken geben, dass der Rat über eine relativ hohe Summe redet für relativ wenig Bevölkerungsanteil in Binningen. Darum ist der Kompromiss light, den die Bau- und Planungskommission für die Begegnungszone erarbeitet hat, aus seiner Sicht und aus Sicht der Mehrheit der FDP doch sehr grosszügig und reicht auch im Hinblick auf die Sicherheitsthematik.

Charlotte Marti, SVP erwähnt, man rede hier von einer Strasse, der Blumenstrasse, bei welcher man etwas anpassen möchte. Das macht Sinn und sie ist auch dafür. Aber es geht um eine Strasse, wie man sie in Binningen auch an anderen Orten hat, die auch kommen werden. In der Kommission war man der Ansicht, dass es eigentlich eine Art Richtlinie bräuchte für eine Begegnungszone. Nicht einfach nur nach Wunsch, dort ein Natursteinbrunnen, hier ein Bänkli etc. Bänkli sind das Kleinste. Das kann man später auch noch machen oder schauen, wie es sich überhaupt bewährt. Der Rednerin geht es darum, wenn man wieder Strassen hat, und man wird wieder Strassen haben, denn hier wird eine Strasse ausgestattet und die anderen Anwohner/innen werden kommen und sagen: «Aber die haben und wir wollen auch» und schlussendlich hat man Luxusstrassen. Begegnung heisst für sie, man geht raus, trifft sich und spricht miteinander. Sie fragt sich, ob man dafür wirklich Sitzbänke, Sitzbänke etc., ob man das wirklich alles braucht. Der Natursteinbrunnen braucht Wasser. Die Einwohnerinnen und Einwohner werden darum gebeten, ja keine Giesskanne mit Wasser stehen zu lassen wegen der Tigermücke, die es in Binningen gibt. Warum wird dann ein Brunnen errichtet, um dies auch noch zu fördern? Thema «Wärme» ist klar. Das unterstützt sie auch. Die Wärme hat man und das wird man auch mit der Begrünung erreichen. Oder dass man weniger versiegelt, unterstützt sie voll. Sie plädiert einfach dafür sich zu überlegen, was man in einer Begegnungszone darstellen will und zu sagen: «Das ist das Mass und so gehen wir weiter.»

Urs Hauri, Grüne/EVP hat bzgl. der Frage, was eine Begegnungszone ist, auch schon Bilder gesehen, im Coop gibt es ein solches, wie Strassen früher waren und was sie geboten haben. Strassen waren früher

tatsächlich Begegnungszonen, bevor die Autos kamen und den Platz eingenommen haben. Die Strassen sind inzwischen für die Autos da. An solchen Orten könnte man sie ein Stück weit für die Bevölkerung zurückgewinnen. Es ist nicht das Gleiche, das Kind in der 30er-Zone zum Spielen nach draussen zu schicken wie in einer Begegnungszone. Das möchte er noch festhalten zum Thema «Was ist eine Begegnungszone und für was?».

Jonas Lüthi-La Roche, FDP würde gerne auf das Votum seines Vorredners eingehen. Wenn er das Projekt richtig verstanden hat, ist es dort eine Sackgasse. Das heisst, es gibt keinen Durchgangsverkehr von Autos. Es wird sich auf die Anwohner/innen beschränken. Es gibt in dieser Strasse keinen wahnsinnigen Durchgangsverkehr. Sprich: Begegnungszone hat man dort an sich per se, ob man eine Begegnungszone macht oder nicht, denn es hat eh keinen grossen Autoverkehr. Daher muss man seines Erachtens nicht für sehr viel Geld die Luxusvariante Binningen machen. Die Standardvariante, wie sie von der BPK vorgeschlagen wird, scheint dem Redner ein guter Kompromiss, der standhält und für die Anwohner/innen und die Binninger/innen sehr zufriedenstellend ist.

Karin Schinzel, FDP betont, dass die Blumenstrasse eine Sackgasse ist und dass es sehr wenig Anwohnende hat, die die Strasse nutzen werden. Es ist zwar ein öffentlicher Raum, aber es wird nicht halb Binningen in diese Blumenstrasse gehen und dort auf diese Sitzgelegenheiten sitzen. Man würde hier einfach für eine wirklich kleine Gruppe relativ viel Geld ausgeben. In den nächsten Jahren werden noch einige weitere Begegnungszonen zur Diskussion stehen. Man würde hier ein Zeichen setzen, wenn man für eine so kleine Gruppe schon eine derartige Luxusvariante umsetzen würde. Mehr ist immer besser für die, die es nutzen. Aber es ist nicht unbedingt besser für die, die es finanzieren müssen.

Sirin Hauri, Grüne/EVP erklärt, der Unterschied zwischen einer Tempo 30-Sackgasse, was ja gut ist für wenig und ruhigen Verkehr, und einer Begegnungszone ist auch, dass in der Begegnungszone der ganze Raum genutzt werden kann. Dort kann man auch die Strasse nutzen und vielleicht einmal Fussball spielen. Auf einer Tempo 30-Strasse darf man nicht Fussball spielen. Das ist ein Unterschied für die Kinder, die dort wohnen. Momentan wohnen dort möglicherweise relativ wenig Leute. Aber ihres Wissens gibt es eine grosse Überbauung. Dann wohnen dort sehr viele Leute. Das heisst, die ganze Aktion ist schon nicht nur für wenig Personen.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP glaubt, sie müsse zwei Irrtümer auflösen. Begegnungszone im verkehrstechnischen Sinn heisst Tempo 20 und Fussgängerinnen und Fussgänger haben Vortritt. Begegnungszone im gestalterischen Sinn heisst Sitzelemente, Brunnen oder eben nicht, Grünelemente etc. Der Rat diskutiert über eine Begegnungszone im gestalterischen Sinn. Es geht nicht darum, dort auf die Begegnungszone im verkehrstechnischen Sinn, Tempo 20, zu verzichten. Ausser es würde jetzt jemand mit dieser Idee kommen, aber das hat sie bisher noch nicht gehört. Dass man diese beiden Sachen trennt. Begegnungszone Blumenstrasse heisst, dass Kinder, die auf der Strasse spielen, Vortritt gegenüber den Autos haben, die dort fahren. Es sind nicht so viele Autos, aber es haben alle mindestens eines. Das weiss sie, weil sie dort regelmässig vorbeigeht. Es ist ganz wichtig, dass man dies unterscheidet. Wenn man sagt, Begegnungszone nicht in der teureren, sondern in der günstigeren Variante, dann geht es um das gestalterische und nicht um das verkehrstechnische. Einfach damit die zwei Sachen auseinandergehalten werden. Nicht, dass hier Verwirrung entsteht.

Roman Oberli, SVP bedankt sich für den Input der Gemeindepräsidentin. Ihm war effektiv nicht ganz klar, ob es auch verkehrstechnisch angedacht ist. Zumindest anhand der ursprünglichen Vorlage musste man davon ausgehen, auch wenn man andere Quartiere und Projekte anschaut. Er kann daher seinen ersten Antrag zurückziehen, dass auf die Begegnungszone verzichtet wird. Noch eine Bemerkung: Der Redner wusste nicht, dass man in einer Tempo 30-Zone nicht Fussball spielen darf. Er muss sich bei der ganzen Binninger Öffentlichkeit entschuldigen für seine mehrmaligen Straftaten als kleines Kind. Er entschuldigt sich an dieser Stelle auch gleich für seine Kollegen. Andererseits ist es auch eine Frage des gesunden Menschenverstands. Es ist klar, dass man, wenn man als Autofahrer ein Kind auf der Strasse

sieht, abbremst und anhält. Etwas gesunder Menschenverstand ist das, was es seines Erachtens in der Gesellschaft wieder braucht.

Für *Charlotte Marti, SVP* ist klar, wenn ein Kind auf der Strasse spielt und ein Autofahrer kommt, hält er an oder schaut. Mit Tempo 20 kommt auch ein Auto. Man schaut und muss auch halten. Klar hat man weniger Bremsweg etc. Sie plädiert dafür, aufeinander zuzugehen und gegenseitig zu schauen, auf das Kind, auf die Autofahrer etc. Es müssen nicht immer nur die Autofahrer auf die Seite gestellt werden. Da es nebenan eine neue Überbauung mit der Primus geben wird, wird dort auch eine Begegnungszone entstehen. Sie ist der Meinung, es sei auch nicht verboten, dass die Leute aus der Blumenstrasse rübergehen und sich dort auf ein Bänkli setzen, miteinander reden und so das Ganze abrunden. Die Votantin ist nach wie vor dafür, das Minimum zu machen. Dass man schaut, dass dort alle zufrieden sind und dann wirklich einmal festlegt, was man in die anderen Strassen investieren will und wie die Strassen ausgestaltet werden, damit man nicht überall Luxusvarianten hat.

Patrick Bürgler, SP hat das Gefühl, er höre immer ähnliche Voten mit ähnlichen Inhalten. Er stellt daher den Antrag, die Diskussion zu beenden.

ABSTIMMUNG

Schliessung der Rednerliste: 36 JA / 1 NEIN (Abstimmung 03)

://: Die Rednerliste wird geschlossen.

Da sowieso niemand mehr auf der Rednerliste ist, kommt die Präsidentin direkt zu den Abstimmungen. Es liegen mehrere Anträge vor. Ein Unterantrag von Roman Oberli, SVP, und ein Antrag der Grünen/EVP. Zuerst wird über den Antrag von Roman Oberli abgestimmt. Danach werden die anderen Anträge ausgemehrt. Der Antrag von Roman Oberli lautet: «Die Zufahrt über die Brücke soll mittels einer Lichtsignalanlage geregelt werden. Ausserdem soll, wenn nötig, die Zufahrt auf Zubringer/Anwohner begrenzt werden.».

Antrag R. Oberli: Lichtsignalanlage und wenn nötig Zufahrt begrenzen: 6 JA / 31 NEIN (Abstimmung 04)

://: Der Antrag wird abgelehnt.

Damit kommt die Präsidentin zum Antrag der Grünen/EVP, welcher gegen den Antrag der BPK ausgemehrt wird. Der Antrag der Grünen/EVP lautet: «Der Einwohnerrat bewilligt für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg mittels einer Brücke und Strassensanierung (inkl. Begegnungszone für 215 000 Franken) zu Lasten Konto 1.6150.5010.XY/80200 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von 3,055 Mio. Franken inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent).». Dieser Antrag wird dem BPK-Antrag gegenübergestellt, der lautet: «Der Einwohnerrat bewilligt für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg mittels einer Brücke und Strassensanierung (inkl. Begegnungszone für 100 000 Franken) zu Lasten Konto 1.6150.5010.XY/80200 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von 2,94 Mio. Franken inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent).».

Ausmehren: Investitionsausgabe

Antrag Grüne/EVP: 3,055 Mio. Franken (inkl. Begegnungszone für 215 000 Franken): 16 JA

Antrag BPK: 2,94 Mio. Franken (inkl. Begegnungszone für 100 000 Franken): 18 JA

2 Enthaltungen (Abstimmung 05)

://: Der Antrag der BPK obsiegt.

Antrag BPK: Investitionsausgabe von 2,94 Mio. Franken (inkl. Begegnungszone für 100 000 Franken):
32 JA / 5 NEIN / keine Enthaltung (Abstimmung 06)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat bewilligt für die Erschliessung der Blumenstrasse über den Schafmattweg mittels einer Brücke und Strassensanierung (inkl. Begegnungszone für 100'000 CHF) zu Lasten Konto 1.6150.5010.XY/80200 gemäss Kostenvoranschlag eine Investitionsausgabe von CHF 2,940 Mio. inkl. MwSt. (Kostengenauigkeit +/- 10 Prozent).

Traktandum 5

Gesch. Nr. 102

Postulat R. Oberli, SVP: Begrünung Tramtrasse Linie 10/17

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Roman Oberli, SVP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der SVP für die Ausarbeitung dieses Geschäfts. Der Postulant möchte auch der Gemeindepräsidentin danken, die ihm die Fragen im vornherein beantworten konnte, dass es nicht nur um das Beispiel des Margarethenstichs geht, sondern die BLT generell einen Paradigmenwechsel vollzogen hat und in Zukunft bei Umbau- oder Sanierungsarbeiten begrünen möchte. Sein Ziel war eine Aufwertung der Gleissituationen. Eine Begrünung, wobei es in diesem Sommer eher eine «Bebraunung» war. Vielleicht wäre hier prüfenswert, ob man als Alternative einfach einen Kunstrasen verlegen könnte, damit man diese Begrünung einhalten kann. In diesem Sinn ist die SVP für Überweisung und Abschreibung des Geschäfts.

Patrick Bürgler, SP äussert, die SP begrüsse den Bericht zur Begrünung des Tramtrassees der Linie 10/17 auf Binninger Boden. Der Bericht zeigt, dass das Anliegen des Postulanten in den nächsten Jahren erfüllt wird. Gefreut hat sich die Fraktion auch, dass der Vorstoss von der SVP gekommen ist, bei der Umweltanliegen nicht gerade zu den Kernthemen gehören. Aber umso mehr verdient dies hier einen grossen Dank an den Postulanten. Es geht noch ein paar Jahre bis die Klimaschutzmassnahmen kommen. Der ganze Neubau ist erst im Jahr 2030 abgeschlossen, abgesehen vom Stück beim Spiesshöfli, das nun offensichtlich etwas braun ist. Der Votant hat sich gar nicht geachtet. Er schaut das nächste Mal. Dafür kann man sich darüber freuen, dass es, so wie er es zumindest liest, die Gemeinde Binningen keinen Rappen kostet. Auch hier im Gegensatz zum Spiesshöfli. Dort hat es die Gemeinde bezahlt. Der Redner bittet den Rat, sich daran zu erinnern, wenn in Zukunft einmal eine ökologische Massnahme zur Debatte steht. Es wurde hier heute Abend eine kleine Rückstellung gemacht. Für die SP tönt dies alles sehr gut. Sie stimmt für Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Aline Glaser, Grüne/EVP bedankt sich beim Postulanten für den Vorstoss und beim Gemeinderat für den Bericht. Da die BLT bereits ein tolles Konzept erarbeitet hat mit ökologischer Aufwertung und Reduktion der Lärmemissionen sind die Grünen/EVP dafür, dass das Postulat abgeschrieben wird.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP möchte es nicht künstlich verlängern. Seine Vorredner/innen haben eigentlich alles gesagt, wie die FDP auch denkt. Es wird umgesetzt, was im Postulat von Roman Oberli steht, was begrüssenswert ist mit der Tramtrasse-Begrünung. Daher ist die Fraktion für Überweisung und Abschreibung. Vielleicht ein kleiner Hinweis: Falls das Braun stört, gibt es wunderbare Rasenfarbe, mit der

man das Gras grün anspraysen könnte. Dann hätte man es wenigstens optisch schön.

Oliver Peter, Mitte/GLP erwähnt der Vollständigkeit halber, dass die Mitte/GLP zufrieden ist und auch für Überweisung und Abschreibung stimmt.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 32 JA / 2 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 07)

Abschreibung: Einstimmig JA (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: 1. Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

://: 2. Das Postulat wird abgeschrieben

Traktandum 6

Gesch. Nr. 98

Interfraktionelle Interpellation: Mitwirkung ergebnisoffen gestalten

Präsidentin Nina Eldridge, GLP fragt die Interpellanten, ob sie Stellung nehmen möchten und ob Diskussion gewünscht ist.

Interpellant Lewin Lempert, SP würde gerne kurz etwas zu dieser überparteilichen Interpellation sagen, aber auch keine riesige Debatte öffnen. Er ist der Ansicht, seit der Einreichung der Interpellation seien einige Sachen passiert und weitergegangen. Diese Diskussionen werden hier im Rat folgen. Dem Redner sind drei Sachen wichtig. Erstens: Bei den allfälligen neuen Standorten des Robi-Spielplatzes, des Jugendhauses und dann auch der Kimi-Tagesstätte u.a. am Birkenweg wird die SP-Fraktion ein extrem gutes Auge darauf legen, dass die Qualität der Standorte wirklich stimmt. Der Robi-Spielplatz hat selber kommuniziert, dass er den Prozess mit der Gemeinde gehen möchte. Den Entscheid dieses Vereins gilt es zu respektieren. Aber er möchte in diesem Rahmen nochmals klarstellen, dass es für die SP dort wirklich saubere Lösungen braucht, die zufriedenstellend sind und keine mehr oder weniger guten Sachen. Zweitens: Auch wenn man am Ende zum Schluss kommt, dass die neuen Standorte am Birkenweg für Robi, Jugendhaus – es ist ja noch etwas unklar, was dort genau alles kommt –, neue Sportanlagen, auch wenn es zum Schluss ein Projekt ist, dass seine Fraktion mittragen kann, heisst das im Umkehrschluss nicht grünes Licht für den Zolli auf der Schutzmatte. Es sind nach wie vor Parzellen im Eigentum der Gemeinde Binningen, bei denen demokratisch beschlossen werden soll, was mit ihnen passiert. Der Votant persönlich findet, es gebe auch andere Varianten wie der Vollausbau des Zollis. Es gibt ein einstimmig überwiesenes Postulat des Einwohnerrats, welches sagt, dass diese Parzellen 100 Prozent öffentlich nutzbar sein müssen. Hinter dieser Forderung steht der Redner nach wie vor zu 100 Prozent.

Damit kommt er zum dritten Punkt. Ihn stört die Formulierung in der Interpellationsantwort seitens Gemeinderat, dass das oberste Ziel die partizipative Erarbeitung einer bedürfnisorientierten Lösung für das Jugendhaus ist. Okay, dahinter kann er noch stehen. Dann aber: «[...] damit einhergehend das Freispielen der oberen Schutzmatte zur Umsetzung der Masterplanung «Zolli 2049». Alles andere wäre eine Abkehr von den bereits gefällten Grundsatzbeschlüssen.». Hier muss er wirklich sagen, dass es ein Grundsatzbeschluss ist, den der Gemeinderat bis jetzt gefällt hat, aber auch nur der Gemeinderat. Er wünscht sich, dass der Gemeinderat nach wie vor verschiedene Perspektiven einnimmt und je nachdem dem Zolli auch irgendwann sagt: «Nein. Wir nehmen das zurück, wenn uns das Projekt, welches hier geplant

ist, nicht überzeugt.». Der Interpellant ist der Meinung, angesichts dessen, dass es eine der letzten Landreserven der Gemeinde ist, müssen die Bedingungen extrem gut sein, damit er persönlich sagen könnte: «Doch, das geben wir einfach her.». Aber wie zu Beginn gesagt werden Geschäfte dazu in den Einwohnerrat kommen u.a. die Standortplanung Birkenweg. Die Diskussionen werden weitergehen und darauf freut er sich.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 35 JA / 2 Enthaltungen (Abstimmung 09)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Sirin Hauri, Grüne/EVP erwähnt, wie Lewin Lempert bereits gesagt habe, werde es in der nächsten Sitzung wieder eine Diskussion über die Schutzmatte geben. Also könnte man es sich vielleicht sparen. Allerdings haben die Rednerin einige Aussagen aus der Interpellationsbeantwortung dazu herausgefordert, doch etwas zu sagen. Zum Beispiel der Anfang: «Weg von einer ausschliesslichen Problem- und Defizitorientierung hin zu einer Potenzial- und Zukunftsorientierung.». Das tönt sehr gut. Aber es soll der Grund sein, wieso der Status Quo in der Mitwirkung nicht einmal zur Diskussion steht. Es tönt so, als ob die jetzige Situation mangelhaft, also defizitär, wäre und dringend durch ein zukunftsorientiertes und besseres Projekt ersetzt werden müsste. Das ist aber einfach nicht so. Die Nutzer/innen der bestehenden Infrastrukturen sind sehr zufrieden am jetzigen Ort. Einzig das Jugendhaus muss dort weg. Der Robi ist praktisch der einzige Ort, wo sich Kinder im Dorfzentrum wirklich frei bewegen können. Sie können gestalten ohne gross durch Verkehr gefährdet oder durch Regeln oder Strukturen eingeschränkt zu sein. Sicher ist ein neuer Robi-Spielplatz am Birkenweg auch ein Gewinn für die Kinder in diesem Quartier. Und es ist auch schön, dass der Robi sich dazu bereit erklärt, dies möglich zu machen. Nur ist es halt dort kein Ersatz, wo man ihn jetzt hat. Ebenso fällt dann gemäss neuem Teilzonenplan auch der Weg entlang der Westseite des Birsigs für die vielen Fussgänger und Jogger, die ihn täglich nutzen, weg. Man kann also, so wie sie das sieht, nur noch der Strasse entlang nach Basel spazieren. Dass die Bevölkerung nicht befragt wurde, ob der Status Quo beibehalten werden soll, ist also eher dem Umstand geschuldet, dass die Gemeinde bereits einen Grundsatzentscheid getroffen hat und nicht, dass dort Defizite bestehen. Es gibt genügend kommerzielle Freizeitangebote in der Region. Flächen, wo Kinder frei spielen und sich verwirklichen können, gibt es im Zentrum jedoch kaum.

Die Rednerin möchte noch auf einige weitere Argumente eingehen. Diese Fragen können ja vielleicht auch in den nächsten Diskussionen um die Schutzmatte beantwortet werden. Es wird argumentiert, die Renaturierung des Birsigs sei wichtig. Das ist natürlich so. Aber wieso kann nicht mehr renaturiert werden, wenn das Einlaufbauwerk gegen Norden verschoben wird? Das konnte die Votantin anhand des Plans nicht verstehen. Weiter: Wieso kann der Betrieb des Robi mit entsprechenden Sicherheitsmassnahmen nicht neben einer Baustelle weitergeführt werden? Der Schulbetrieb läuft aktuell auch neben einer Grossbaustelle. Bei ihrer nächsten Frage ist allenfalls fraglich, ob es wirklich eine Frage ist. Es heisst: «Oberstes Ziel ist die partizipative Erarbeitung einer bedürfnisorientierten Lösung für das Jugendhaus, sowie damit einhergehend das Freispielen der oberen Schutzmatte zur Umsetzung der Masterplanung «Zolli 2049». Alles andere wäre eine Abkehr von den bereits gefällten Grundsatzbeschlüssen.». Wieso kann von diesen Grundsatzbeschlüssen nicht abgekehrt werden? Und wieso gibt es keine Möglichkeit, bei klaren Signalen aus der Bevölkerung und dem Einwohnerrat diese Entscheidung mit langer Tragweite noch einmal offen zu diskutieren? Dann steht: «Der Rückfall zum Bestand ist im Grundsatz bei allen Vorhaben (ausgenommen Jugendhaus) gegeben». Das scheint aber im Gegensatz zum jetzigen Vorgehen zu stehen. Also: Zukunftsorientiert statt defizitorientiert tönt immer gut. Aber wenn man etwas Gutes hat, muss man auch befragt werden, ob man wirklich etwas Neues, Anderes möchte

und nicht nur, wie das Neue umgesetzt werden soll. An der nächsten Sitzung kann das interfraktionelle Postulat «Langfristige Planung Schutzmatte» diskutiert werden. Vielleicht gibt es dann nochmals ein paar neue Antworten.

Olivier Kremo, SVP ist der Einladung des Robi-Spielplatzes damals gefolgt, wie erfreulicherweise zahlreiche weitere Ratsmitglieder auch. Ihm ist aufgefallen, je länger der Abend ging, desto klarer wurde, dass sowohl der Vorstand wie auch Mitarbeitende des Robi am jetzigen Ort bleiben möchten. Er betont bewusst, dass es sich dabei um seinen persönlichen Eindruck handelt. Nicht, dass anschliessend irgendwelche Mitarbeitenden der Gemeinde einen Rüffel bekommen, denn sie sind auf den Lohn der Gemeinde angewiesen. Aus seiner Sicht wurde hier klar Druck auf diese Leute ausgeübt, dass sie ein solches Communiqué machen müssen, aber eigentlich wollen sie dort bleiben. Der Redner findet, die Antworten auf diese Interpellation zeigen klar, dass es dem Gemeinderat nur darum geht, den Robi-Spielplatz weg zu bekommen, damit man den Zolli dorthin pflanzen kann. Er möchte den Ball aber noch flachhalten. Der Gemeinderat hat mit dem Postulat «Langfristige Planung Schutzmatte» eine zweite Chance, das Problem des Hochwasserschutzes zu lösen. Er weiss, dass es im Gemeinderat Unterstützung für den Robi gibt. Der Votant zählt auf diese, damit es am Schluss eine Mehrheit wird. Denn im Einwohnerrat gibt es diese Mehrheit seines Erachtens. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten zur Interpellation.

Traktandum 7

Gesch. Nr. 137

T. Häfele, FDP: Antrag auf Änderung und Ergänzung der Geschäftsordnung des Einwohnerrates

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP informiert, es liege ein Ordnungsantrag zum Verfahren vor. Der Ordnungsantrag wurde von den Präsidien der GPK, Karin Müller, RPK, Brigitte Schori, und BPK, Lewin Lempert, eingereicht und lautet wie folgt: «Wir stellen den Antrag, dass die synoptische Darstellung «Anpassung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats» inklusive den Bemerkungen des Gemeinderats als Diskussionsgrundlage bei der Besprechung des Geschäftes 137 dienen.». Die Präsidentin bittet um die Begründung durch die Antragsteller.

Karin Müller, SP erklärt, die Antragsteller finden, dass die Bemerkungen des Gemeinderats in die Diskussion einbezogen werden sollen, weil sie eine Information für die Ratsmitglieder sind, die ihnen noch weitere Diskussionsgrundlagen liefern.

ABSTIMMUNG

Ordnungsantrag: Synopse mit Bemerkungen GR als Diskussionsgrundlage:
33 JA / 1 NEIN / 3 Enthaltungen (Abstimmung 10)

://: Dem Ordnungsantrag wird zugestimmt.

Präsidentin Nina Eldridge, GLP teilt mit, dies heisse, dass diese Dokumente Grundlage der heutigen Diskussion sind. Die nächste Frage ist, ob jedes Ratsmitglied diese Unterlagen anschauen und lesen konnte, bevor der Rat in die Diskussion einsteigt. Sie persönlich glaubt, dies sei nicht unbedingt der Fall. Wenn das nicht der Fall ist, könnte man darüber abstimmen, ob das Traktandum verschoben werden soll, damit alle die gleiche Grundlage für die Diskussion haben oder ob man das Traktandum trotzdem heute behandelt, aber z.B. 5 Minuten Pause macht, um nochmals in den Fraktionen diskutieren zu können. Würde der Rat gerne darüber abstimmen?

ABSTIMMUNG

Behandlung des Geschäfts an der heutigen Sitzung: 22 JA / 11 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 11)

://: Das Geschäft wird an der heutigen Sitzung behandelt.

Die Präsidentin fragt nach, ob jemand das Bedürfnis hat, dass es eine 5minütige Pause gibt, damit jeder die Unterlagen anschauen kann.

[Durch Nicken wird ein entsprechendes Bedürfnis signalisiert.]

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP äussert, die Unterlage werde allen Ratsmitgliedern per Mail zugestellt und zudem am Visualizer projiziert. Alle haben 5 Minuten Zeit, dies anzuschauen und in der Fraktion zu diskutieren. So haben alle Kenntnis von der Meinung des Gemeinderats.

[5 Minuten Timeout]

GESCHÄFTSBERATUNG

Thomas Häfele, FDP betont, dass er heute zwar als Fraktionssprecher auftritt, seine Anträge aber bereits im Frühling aus der Perspektive als Einwohnerratspräsident gestellt hat und heute auch entsprechend die Begründung und Argumente, die er vorgebracht hat, erläutert. In seinem Amtsjahr als Ratspräsident sind ihm in der Geschäftsordnung des Einwohnerrats einige Punkte aufgefallen, die seines Erachtens eine Korrektur benötigen. Er hofft, der Rat sehe dies ähnlich. Es freut ihn, dass die Anträge in den Fraktionen bereits im Juni diskutiert wurden und dass auch bereits verschiedene, weitere Änderungsanträge eingegangen sind. Während es teilweise nur um die Korrektur von offensichtlichen Fehlern geht, gibt es durchaus auch einige Änderungen von Gewicht. Seine Gedanken und Erläuterungen hat der Votant in seinem Antrag vom Mai ausführlich dargelegt. Er geht nur noch auf einige wenige Punkte ein. Generell freut es ihn, so wie er das Büro-Protokoll interpretiert hat, dass alle einverstanden sind, die Geschäftsordnung heute zu diskutieren und darüber zu beschliessen ohne Umweg über eine separate Vorlage durch das ER-Büro oder eine Spezialkommission.

In seinem Antrag 1 geht es um eine Anpassung von § 12, Abs. 2, lit. i. Abgesehen von der Amtsdauer des Präsidiums gibt es in der Gemeinde Binningen keine einjährigen Amtsdauern. Insofern scheint eine jährliche Ernennung von Stimmenzählern willkürlich und überflüssig. Ob der aktuelle Wortlaut von lit. i geschlechtsneutral oder genderkonform ist, überlässt er den Expert/innen im Rat. In seinem zweiten Antrag geht es um die Genehmigung des Ratsprotokolls. Der Gemeinderat referenziert korrekt § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung, dass das Büro Änderungen des Protokolls abschliessend genehmigt. Die Verwaltung hat ihn als Präsidenten allerdings darauf hingewiesen, dass generell jedes Protokoll nach Gemeindegesetz vom Rat genehmigt werden muss. Dies ist in der aktuellen Geschäftsordnung nirgends festgehalten. Natürlich kann man sagen, das Gemeindegesetz ist ausreichend klar. Aber damit die Verwaltung

vielleicht nicht jedes Jahr erneut die Präsidien belehren muss, wie dies mit den Protokollen funktioniert, wäre es möglicherweise sinnvoll, wenn man die Geschäftsordnung entsprechend ergänzen würde mit diesem neuen Absatz 5.

Der Antrag zur Änderung von § 32 dürfte vermutlich der umstrittenste Änderungsantrag sein. Aus Sicht des Redners und seiner Erfahrung als Mitglied der GPK und davor als Mitglied der GRPK hilft es der Kommissionsarbeit nicht, dass die Kommissionsprotokolle in jedem Fall immer dem Gemeinderat zugestellt werden müssen. Das Gemeindegesetz hält in den Paragraphen 6, 98 und 101 klar fest, dass RPK und GPK Kontrollorgane sind. Das Wort «Kontrolle» ist ein wenig ein Tabuwort, aber er sagt es, weil es explizit so im Gemeindegesetz steht. Die GPK führt die Oberaufsicht über alle Gemeindebehörden und Verwaltungszweige durch. Diese Kommissionen müssen unabhängig arbeiten können. Für ihn ist es unverständlich, wieso es für eine konstruktive Zusammenarbeit der Kommissionen und des Gemeinderats notwendig ist, dass die Protokolle dem Gemeinderat geschickt werden müssen. Die Protokolle des Gemeinderats werden schliesslich den Kommissionen auch nicht zur Verfügung gestellt oder wenn sie angefordert werden, dann höchstens geschwärzt. Zu Antrag 4 § 47a: Die aktuelle Formulierung, so wie man sie vor acht Jahren festgelegt hat, ist eine nette Formulierung, aber leider einfach nicht praktikierbar und wie es der Gemeinderat in seinen Ausführungen auch festhält, nicht korrekt. Daher sollte dies entsprechend angepasst werden. Zu Antrag 5 muss der Votant vermutlich nicht viel sagen. Es ist ein offensichtlicher Fehler. Wenn man dies nicht korrigiert, dürfte der Rat streng genommen keine stillen Wahlen mehr durchführen. Er ist gespannt auf die Diskussion.

Gian Kamber, Mitte/GLP führt aus, die Mitte/GLP unterstütze die Anträge 1, 2, 4 und 5. Dabei handelt es sich aus ihrer Sicht um sinnvolle Präzisierungen der Geschäftsordnung. Zu Antrag 3 hat die Fraktion aber ihre Bedenken. Sie sehen keinen Grund, von der bisherigen Regelung abzuweichen und die Kommissionsprotokolle nicht mehr dem Gemeinderat und dem Ratspräsidium zuzustellen. Ein gesundes Vertrauensverhältnis und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Kommissionen und dem Gemeinderat sind wichtig und richtig. Die Zustellung der Traktanden sowie der Kommissionsprotokolle hat sich bisher bewährt und auch nicht zu Problemen geführt. Gleichzeitig kann die Mitte/GLP nachvollziehen, dass man mit vertraulichen Informationen in einzelnen Fällen zurückhaltend umgehen möchte. Aus ihrer Sicht rechtfertigt dieses Anliegen aber nicht, dass man die grundsätzliche Zustellung an den Gemeinderat unterbinden müsste. Aus diesem Grund beantragt die Fraktion, § 32 Abs. 8 beizubehalten und die Protokolle weiter, wie bis anhin, dem Gemeinderat und dem Ratspräsidium zuzustellen. Um dem Anliegen von vertraulichen Inhalten jedoch Hand zu bieten, hat die Mitte/GLP einen schriftlichen Änderungsantrag für Abs. 9 eingereicht. Dieser sieht vor, dass Kommissionen in Ausnahmefällen besonders sensible Protokollteile als vertraulich bezeichnen und von der Zustellung ausnehmen können, z.B. wenn sie eine Mehrheit haben. Mit dieser Änderung könnte die bewährte Zusammenarbeit zwischen den Kommissionen und dem Gemeinderat weitergeführt werden. Gleichzeitig liegt damit eine schriftliche Grundlage für den Schutz von sensiblen Informationen vor. Das könnte dann in allen Kommissionen gleich gehandhabt werden.

Karin Müller, SP äussert, die SP habe den Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung besprochen und stelle einen Hang zur Überregulierung fest. Dass dieser Wunsch ausgerechnet vom liberalen, politischen Ecken kommt, der sonst eigentlich jegliche Regulierung grundsätzlich kritisch sieht bis ablehnt, hat die Fraktion etwas erstaunt. Sie haben beschlossen, dass sie die Änderungsanträge zum Behördenreferendum § 47a annehmen, da dies wirklich falsch ist, alle anderen möchten sie ablehnen. Es ist aber so, dass die SP als Kompromiss bei § 32 «Rechte und Pflichten» Abs. 8 zum Austausch der Kommissionsprotokolle den Antrag der Mitte/GLP unterstützen würde. Die Rednerin möchte ein paar grundsätzliche Bemerkungen und Fragen zu dieser Vorlage anbringen. Als Begründung für seinen Vorstoss erklärt Thomas Häfele, dass er in seinem Präsidialjahr diverse Inkonsistenzen in dieser Geschäftsordnung (GeschO ER) festgestellt habe, die er jetzt präzisieren möchte. U.a. redet er von der Präzisierung von Zuständigkeiten und der Stärkung der parlamentarischen Unabhängigkeit. Es mag durchaus sein, dass es in dieser GeschO ER ein paar Inkonsistenzen hat, sie wüsste aber nicht, dass diese jemals in irgendeiner Art und

Weise den reibungslosen Ratsbetrieb behindert hätten. Auch nicht unter dem Präsidium von Thomas Häfele. Er hat das souverän gemacht.

Der Antragsteller sagt selbst, die Änderungs- und Ergänzungsanträge seien trivial. Wenn sie trivial sind, wie können sie dann den Ratsbetrieb und die Unabhängigkeit gefährden? Der SP scheinen die Zuständigkeiten klar und die parlamentarische Unabhängigkeit gewährleistet. Dort, wo der Wortlaut nicht dem übergeordneten Gesetz entspricht, beim Behördenreferendum, ist es in der Praxis trotzdem auch gesetzeskonform gehandhabt worden. Aber die Fraktion hat nichts dagegen, wenn man dies nun ändert. Die Rednerin möchte an dieser Stelle nicht jeden einzelnen Antrag durchgehen. Sie nimmt an, dass es noch eine Detailbesprechung geben wird, in der jeder Antrag diskutiert werden kann. Aber ehrlich gesagt findet die Fraktion die meisten Anträge wirklich etwas trivial, ausser dem Antrag zur Änderung von § 32 «Rechte und Pflichten» zum Austausch der Kommissionsprotokolle. In der GeschO ER in § 13 «Aufgaben des Präsidiums» Abs. 2 steht: «Sie oder er leitet die Sitzungen des Rates und des Büros und handhabt die Geschäftsordnung.». Die bisherigen Präsident/innen inkl. Thomas Häfele hatten hier offenbar keine Probleme damit diese GeschO ER zu handhaben. Das Präsidium ist auch dazu da, die GeschO ER bis zu einem gewissen Grad auszulegen. Kein Rechtstext, keine Regelung, keine Verordnung ist je zu 100 Prozent so verfasst, dass sie keinen Ermessensspielraum zulässt. Sie würde sagen, in der GeschO ER ist dieser Ermessensspielraum minim und eigentlich gut handhabbar.

Peter Bertschi, Grüne/EVP teilt mit, die Grünen/EVP finden den Vorschlag von Thomas Häfele grundsätzlich gut und möchten sich dafür bedanken. Sie werden allen Anträgen zustimmen bis auf Antrag 3. Dort ist die Fraktion der Meinung, dass man den heutigen Zustand beibehalten sollte.

Charlotte Marti, SVP bedankt sich namens der SVP bei Thomas Häfele für die Voten. Die Fraktion wird die Änderungsanträge annehmen. Sie finden es gut, dass er in seinem Präsidialjahr auf gewisse Punkte aufmerksam gemacht hat.

Jonas Lüthi-La Roche, FDP gesteht, er habe vorgängig zu dieser Sitzung genau gewusst, dass Punkt 3 Diskussionen auslösen und man gegensätzlicher Meinung zur Meinung der FDP sein werde. Das ist alles in Ordnung. Er möchte kurz erläutern, wie der Antrag von der Überlegung her zustande gekommen ist. Wenn die Gemeinde eine Kontrollbehörde hat, die an ihren Sitzungen aufgrund von Vorgängen in der Gemeinde oder Unterlagen, die ihr zugestellt werden, sieht, dass etwas in Schieflage ist resp. falsch läuft, wie man es leider in der Vergangenheit auch schon hatte mit einem ehemaligen Gemeinderat. Wenn man dieser Sache nachgehen und sie prüfen möchte, findet seine Fraktion – er formuliert es jetzt etwas überspitzt. Es hat nichts mit dem Gemeinderat zu tun. Wenn die Polizei feststellt, hier ist ein Drogendealer im Haus. Dann schreibt sie nicht zuerst einen Brief und schickt ihm ein Protokoll, dass sie nächste Woche um 12 Uhr mittags vorbeikommt, sondern sie macht ihre Arbeit. Wenn sie sicher ist, da gibt es Missstände, dann kann man handeln. Es betrifft ja die Vergangenheit. Die Geschäftsprüfungskommission schaut Geschäfte aus der Vergangenheit an. Dort ist es wichtig, dass das auf der Computerfestplatte bleibt, was darauf bleiben soll, bis die Kommission ihre Arbeit gemacht hat. Dass der Gemeinderat nicht vorgängig informiert wird, dass hier allenfalls etwas ist, das die Kommission anschaut und irgendjemand noch etwas löschen würde oder irgendetwas passiert. Er möchte niemanden etwas unterstellen, der jetzt aktiv ist, aber so kam es zustande und dahinter kann er gut stehen.

Gian Kamber, Mitte/GLP: Wenn er die Metapher richtig verstanden hat, wäre in diesem Fall der Gemeinderat der potenzielle Drogendealer. Ist das richtig? Dann muss man sagen, die Aufgabe der Kommission ist es nicht, den Gemeinderat oder in diesem Fall den Drogendealer in flagranti zu erwischen, wie er Drogen dealt. Sondern die Kommission muss schauen, ob er in der Vergangenheit gedealt hat. Daher versteht er nicht ganz, weshalb man nicht gewisse Protokoll oder die Protokolle grundsätzlich dem Gemeinderat zustellen kann. Man hat ja immer noch die Möglichkeit, sobald man eine Mehrheit hat, einzelne Teile zu schwärzen oder nicht zu schicken, wie es bisher auch immer gehandhabt wurde. Damit ist man immer gut gefahren. Zudem, das wurde auch schon besprochen, möchte man im Rat

grundsätzlich etwas mehr Vertrauen gegenüber den verschiedenen Behörden und auch dem Gemeinderat haben. Er fände es gar keinen schlechten Start oder eher ein Fortführen von etwas, was man bereits hatte und was funktioniert hat.

Thomas Häfele, FDP muss Karin Müller widersprechen. Selbstverständlich. Er hat das Wort «trivial» mit der Begründung verwendet, dass es nicht extra eine SpezKo braucht, weil die Änderungsanträge resp. die Themata ausreichend einfach verständlich sind. Aber seine Vorrednerin kann das Wort «trivial» natürlich auch auf andere Aspekte beziehen. Das überlässt er ihr. Zum Wort «Überregulierung»: Er weiss nicht, was hier überreguliert sein soll, wenn es um Änderungen oder Korrekturen von offensichtlichen Fehlern geht. Er glaubt auch nicht, dass es eine Überregulierung ist, wenn man der Ansicht ist, Kommissionen müssen unabhängig arbeiten können. Der Votant persönlich findet es gut, dass der Rat dies diskutiert hat, egal wie die Diskussion über die Protokolle ausgeht. Das Parlament wird einen demokratischen Entscheid treffen und daran sollen sich die Kommissionen halten. Wenn die Mehrheit findet, dass die Kommissionsprotokolle nicht vertraulich und dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden sollen, dann hat der Rat dies so entschieden. Aber die Einwohnerräte haben darüber diskutiert. Womit er etwas Mühe hat ist, dass die SP-Fraktion findet, sie lehne alle anderen Anträge ab. Wenn es einen offensichtlichen Schreibfehler beim Wahlverfahren zur stillen Wahl hat und das niemandem auffällt, ist das eins. Wenn man aber explizit darüber abstimmt, ob man Wortlaut A oder B möchte und man entscheidet sich für Wortlaut A, dann ist protokollarisch festgehalten, dass man in Zukunft nur noch eine stille Wahl abhalten kann, wenn die Zahl der Vorgeschlagenen nicht grösser ist als die der Wählenden.

Patrick Bürgler, SP ist noch nicht so lange Mitglied dieses Rats. Er hat es aber bei den Kommissionssitzungen immer so verstanden, dass die Kommission festlegt, was protokolliert wird und es ihre Entscheidung ist, was im Protokoll steht und was nicht. Es gab eine Diskussion in der RPK, als dies einmal zur Sprache kam. Daher wüsste er nicht, wieso man hier eine Änderung vornehmen müsste. Dieses Instrument steht dem Rat schon heute zur Verfügung, dass die Kommissionsmitglieder sagen, was mitgeteilt wird und was nicht. Als er den Antrag das erste Mal gelesen hat, hat er gegenüber seiner Partnerin einen Witz gemacht und gesagt, es töne für ihn so, als hätten die Leute, die das wollen, Angst, dass der Gemeinderat dasitz und die Schredder anfängt warmlaufen zu lassen jedes Mal wenn die Protokolle kommen. Aufgrund des Votums von Jonas Lüthi spielt dies offensichtlich tatsächlich eine Rolle bei diesen Gedanken. Er versteht das nicht ganz. Gian Kamber hat es auch gesagt. Eine Vertrauensgrundlage sollte hier drinnen herrschen. Der Votant findet es nicht gut, wenn man ein solches Misstrauensvotum gegenüber dem Gemeinderat abgibt. Bzgl. des Votums von Thomas Häfele: Ja, offensichtliche Tippfehler in Gesetzen. Das hat er auch schon gehört. Wenn ein Wort fehlt, wie das «zu», dann braucht es nicht den Rat, um zu entscheiden, dass man dies ändert. Das darf man einfach so machen.

Karin Müller, SP wollte den gleichen Punkt erwähnen. Das Wahlverfahren um die stille Wahl, bei der das Wort «zu» fehlt, ist ein derart offensichtlicher Schreibfehler, ein sogenannter Kanzleifehler, den die Verwaltung jederzeit korrigieren darf. Da muss der Einwohnerrat nicht einmal darüber abstimmen. Das dürfen sie einfach machen. Beim Behördenreferendum hat sie gesagt, das ist falsch. Hinter dieser Änderung würde die Fraktion stehen. Sitzungsprotokolle: Das wird ja jetzt schon so gemacht. Wenn die Protokolle auf der Webseite aufgeschaltet sind, dann mit der Klammerbemerkung «noch nicht genehmigt» bis der Rat in der folgenden Sitzung die Genehmigung erteilt. Das ist aus Sicht der SP unnötig. Zur Ernennung der Stimmzählenden: Auch das ist unnötig. Warum sollte man sie nicht jährlich ernennen. Die Fraktion sieht nicht ein, weshalb man etwas ändern sollte, wenn es nicht wirklich einen Vorfall gab, der dem widersprechen würde. Sie wollte eigentlich noch nicht in die Details gehen, da der Rat noch zur Detailberatung kommt. So viel für jetzt.

Felix Gerber, Mitte/GLP ist einverstanden, dass es grundsätzlich vermutlich nicht die wichtigste Diskussion ist. Aber zumindest der Punkt mit den Kommissionsprotokollen zeigt, dass es ein relevantes Anliegen ist und es ist auch ok, etwas zu verschriftlichen, bevor es zu einem Eklat oder zu einem Problem kommt. Der Votant muss ehrlicherweise sagen, dass er den Vorschlag seiner Fraktion keinen schlechten

Mittelweg findet. Dass man weiterhin die Protokolle austauscht, aber dass, wie zu recht angemerkt wurde, doch eine gewisse Kontrollfunktion da ist. Wenn man dann als Kommission eine Mehrheit hat, muss man nicht irgendwelche Sachen nicht ins Protokoll schreiben, sondern man kann einfach sagen, dass dies vorerst noch zurückgehalten wird. Und das wird dann so festgehalten. Er würde bei allen beliebt machen, sich diesen Mittelweg nochmals anzuschauen und dem zuzustimmen.

DETAILBERATUNG

§ 12 Abs. 2 Lit. i – Ernennung Stimmenzähler

Es liegen zwei Änderungsanträge vor. Der Antrag von Thomas Häfele lautet: «Ernennung von drei Stimmenzählerinnen oder Stimmenzählern» und der Antrag von Karin Müller lautet: «Jährliche Ernennung von drei Stimmenzählenden». Die Präsidentin möchte die beiden Anträge gegeneinander ausmehren und danach generell über die Änderung abstimmen lassen.

ABSTIMMUNG

Ausmehren: Änderung § 12 Abs. 2 Lit. i – Ernennung Stimmenzähler

Antrag Th. Häfele: 22 JA

Antrag K. Müller: 13 JA

Eine Enthaltung (Abstimmung 12)

://: Der Antrag von Th. Häfele obsiegt.

Änderung § 12 Abs. 2 Lit. i – Ernennung Stimmenzähler, Antrag Th. Häfele:
27 JA / 9 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 13)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst folgende Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats:

1. Änderung § 12 Abs. 2 Lit. i) – Ernennung Stimmenzähler:
«~~Jährliche~~ Ernennung von drei Stimmenzählerinnen oder drei Stimmenzählern»
-

§ 17 neuer Abs. 5 – Genehmigung Protokoll

Zu § 17 Abs. 5 liegt ein Antrag auf Ergänzung vor. Die einzige Änderung ist ein zusätzlicher Absatz 5, der lautet: «Der Rat genehmigt das Protokoll.».

ABSTIMMUNG

Ergänzung § 17 Abs. 5 – Genehmigung Protokoll: 28 JA / 6 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 14)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst folgende Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats:

2. Ergänzung § 17 Abs. 5 – Genehmigung Protokoll:
Neuer Abs. 5: «Der Rat genehmigt das Protokoll.»
-

§ 32 Abs. 8 und neuer Abs. 9 – Protokoll Kommissionen:

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP teilt mit, zu diesem Paragraphen liegen zwei Änderungsanträge vor. Sie möchte diese auch wieder zuerst gegeneinander ausmehren und danach generell über die Änderung abstimmen lassen.

Karin Müller, SP weist darauf hin, dass auch die Kommissionen des Landrats dem Regierungsrat ihre Protokolle zur Verfügung stellen. Das ist in der Geschäftsordnung des Landrats so festgehalten. Man würde meinen, was auf kantonaler Ebene funktioniert, sollte auch auf kommunaler Ebene funktionieren. Die SP findet es nicht gut, wenn die Kommissionen dem Gemeinderat die Protokolleinsicht verwehren. Es geht hier v.a. um die Aufsichtskommissionen GPK und RPK. Das sind wohl Kontrollorgane, aber die können auch nicht alles machen. Sie haben keine Entscheidungsbefugnis. Die GPK kann keine behördlichen Entscheide aufheben, abändern oder sonst wie erzwingen. Was in der Vergangenheit passiert ist, ist passiert. Das kann man nicht ungeschehen machen. Die GPK kontrolliert einfach, ob es so abgelaufen ist, wie es den rechtlichen Grundlagen entspricht. Sie sieht diese Gefahr daher nicht, wenn man jetzt zum Drogendealer kommen möchte. Was soll das noch bringen?

Der Gemeinderat steht wie das Ratspräsidium und die Kommissionsmitglieder unter Schweigepflicht. Die beiden Kommissionen sind auf gutes Einvernehmen und eine reibungslose Zusammenarbeit mit der Exekutive angewiesen, damit sie ihre Aufsichtspflicht überhaupt wahrnehmen können. Gegenseitiges Vertrauen ist unerlässlich. Der Gemeinderat ist kein Aussenstehender und er gehört auch nicht zur Öffentlichkeit, wie Thomas Häfele schreibt. Als kommunale Exekutive ist er genauso wie der Einwohnerrat vom Volk gewählt und setzt sich auch genauso für die Gemeinde Binningen ein. Die Protokolleinsicht hat bisher problemlos funktioniert. Wenn die Arbeit in den Kommissionen geheim sein soll, dürfte man auch keine Gemeindemitarbeitenden Protokolle schreiben lassen. Dann müsste man dies ebenfalls anders organisieren. Der Gemeinderat hat keine Einsicht in interne und vertrauliche Kommissionsunterlagen, ausser dem Protokoll. Zudem liegt es in der Kompetenz der Kommission, ein Protokoll zu redigieren, bevor es verschickt wird. Wenn dies doch in die Geschäftsordnung kommen soll, dann wird die Fraktion den Antrag der Mitte/GLP unterstützen. Zudem fragen sie sich, warum der Einwohnerrat ohne Not seine eigenen Rechte beschneiden sollte. Das Recht nämlich, als Ratspräsident/in Einsicht in die Kommissionsprotokolle zu erhalten. Keine Ratspräsidentin und kein Ratspräsident ist gezwungen, diese Protokolle zu lesen. Im Übrigen stehen auch Ratspräsident/innen unter Schweigepflicht.

Lewin Lempert, SP hat nur noch eine kleine Ergänzung aus Sicht als Kommissionspräsident. Er findet den Antrag der Mitte/GLP sicher besser als den der FDP. Seines Erachtens muss man aber aufpassen, dass es nicht zu politischen Spielchen kommt, wenn man einfach per Mehrheitsentscheid beschliessen kann, dass dieses Protokoll vertraulich behandelt werden soll und das andere nicht. Er findet die aktuelle Lösung, die auch im Landrat funktioniert, ist die saubere Lösung. Eine Lösung, die auf vertraulicher Zusammenarbeit basiert und die klar ist für alle. Wenn man per Mehrheitsbeschluss Protokoll für geheim erklären kann, dann – aktuell ist man noch nicht in der Situation, aber vielleicht zukünftige Generationen hier im Einwohnerrat – würde er davor warnen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommt die *Präsidentin Nina Eldridge, GLP* zur Abstimmung. Zuerst werden die beiden Anträge gegeneinander ausgemehrt. Der Antrag von Thomas Häfele lautet: In Abs. 8 wird «und Protokolle» gestrichen und es gibt einen neuen Abs. 9: «Protokolle der Kommissionsitzungen, die nicht als vertraulich erklärt wurden, können der Ratspräsidentin oder dem Ratspräsidenten sowie dem Gemeinderat zugestellt werden.». Der Antrag von Gian Kamber, Mitte/GLP lautet: Abs. 8 bleibt unverändert. Der neue Absatz 9 lautet: «Die Kommissionen können mit Mehrheitsbeschluss einzelne Protokollteile oder Beilagen als vertraulich bezeichnen und diese von der Zustellung an das Ratspräsidium und den Gemeinderat ausnehmen oder anonymisieren, sofern deren Bekanntgabe überwiegende öffentliche oder private Interessen beeinträchtigen würde. Der Beschluss ist im Protokoll festzuhalten.».

ABSTIMMUNG

Ausmehren: Änderung § 32 Abs. 8 und neuer Abs. 9 – Protokoll Kommissionen:

Antrag Th. Häfele: 15 JA

Antrag K. Müller: 21 JA

keine Enthaltung (Abstimmung 15)

://: Der Antrag von G. Kamber obsiegt.

Ergänzung § 32 Abs. 9 – Protokoll Kommissionen, Antrag G. Kamber:

23 JA / 14 NEIN / keine Enthaltung (Abstimmung 16)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst folgende Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats:

3. Ergänzung § 32 Abs. 9 – Protokoll Kommissionen:

Neuer Abs. 9: «Die Kommissionen können mit Mehrheitsbeschluss einzelne Protokollteile oder Beilagen als vertraulich bezeichnen und diese von der Zustellung an das Ratspräsidium und den Gemeinderat ausnehmen oder anonymisieren, sofern deren Bekanntgabe überwiegende öffentliche oder private Interessen beeinträchtigen würde. Der Beschluss ist im Protokoll festzuhalten.»

§ 47a Abs. 2 – Abstimmungsinformation Behördenreferendum

Es liegt folgender Änderungsantrag vor: «Im Falle des Behördenreferendums legt das Büro fest, wer den Standpunkt der Einwohnerratsmitglieder darstellt, die die Urnenabstimmung verlangen und stellt der Gemeinderat sicher, dass beide Standpunkte in der Abstimmungsinformation gemäss den rechtlichen Vorgaben dargestellt werden.».

ABSTIMMUNG

Änderung 47a Abs. 2 – Abstimmungsinformation Behördenreferendum: Einstimmig JA (Abstimmung 17)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst folgende Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats:

4. Änderung § 47a Abs. 2 – Abstimmungsinformation Behördenreferendum:

«Im Falle des Behördenreferendums legt das Büro fest, wer den Standpunkt der Einwohnerratsmitglieder darstellt, die die Urnenabstimmung verlangen und stellt der Gemeinderat sicher, dass beide Standpunkte in der Abstimmungsinformation gemäss den rechtlichen Vorgaben dargestellt werden.»

§ 49 Abs. 2 – Stille Wahl

Hier geht es nur um eine kleine Änderung: «Wenn die Zahl der Vorgeschlagenen nicht grösser ist als jene der zu Wählenden, erfolgt Stille Wahl, sofern der Rat nichts anderes beschliesst. Die Präsidentin oder der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.».

ABSTIMMUNG

Änderung § 49 Abs. 2 – Stille Wahl: 35 JA / 1 NEIN (Abstimmung 18)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat beschliesst folgende Änderung der Geschäftsordnung des Einwohnerrats:

5. Änderung § 49 Abs. 2 – Stille Wahl

«Wenn die Zahl der Vorgeschlagenen nicht grösser ist als jene der zu Wählenden, erfolgt Stille Wahl, sofern der Rat nichts anderes beschliesst. Die Präsidentin oder der Präsident erklärt die Vorgeschlagenen als gewählt.»

Präsidentin Nina Eldridge, GLP teilt mit, die Inkraftsetzung sei voraussichtlich ab 1. Oktober 2026, da noch die Referendumsfrist abgewartet werden müsse. Damit ist dieses Traktandum abgeschlossen.

Traktandum 8

Gesch. Nr. 104

Interfraktionelles Postulat: Bessere Ordnung und mehr Sicherheit durch Zweiradparkplätze

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Sirin Hauri, Grüne/EVP erwähnt, immer wieder komme es aufgrund von im Weg stehenden Velos, Trotinetts und E-Rollern zu Ärger. Dies, obwohl sie im Vergleich zu Autos viel weniger Platz im öffentlichen Raum einnehmen und ein wichtiger Teil der umweltschonenden Mobilität sind. Ein Grund dafür könnte sein, dass die Umgebung nicht für sie und mit ihnen im Blick gebaut wurde. Sie haben also zu wenig Platz, wo sie sein dürfen, stören die Öffentlichkeit und damit auch ihren Ruf und ihre Akzeptanz. Mit dem sich wandelnden Verkehr muss sich auch das Dorf wandeln und Platz schaffen für leichte Mobilität. Damit erhält man insgesamt mehr Platz und mehr Lebensqualität. Die Fraktion der Grünen/EVP überweist das Postulat.

Felix Gerber, Mitte/GLP erklärt, die Idee des Postulats sei entstanden, nachdem hier im Rat Diskussionen zu einer Interpellation zu rücksichtslosem und gefährlichem Parkieren der E-Scooter geführt wurden. Damals war man sich seiner Ansicht nach einig, dass die neuen Mobilitätsangebote grundsätzlich von den Bürger/innen in Binningen durchaus nachgefragt werden und es für die Gesellschaft gut ist, wenn dies so ist, insbesondere auch was den Flächenbedarf betrifft. Je mehr sie gebraucht werden, kann es aber auch zu Ärger führen. In Binningen hat man dies jetzt gemerkt. Andere Gemeinden haben das schon früher festgestellt. Der Redner ist der Meinung, es gebe genügend Beispiele, wo man dies erfolgreich angehen konnte, indem man ein flächendeckendes Netz an Parkmöglichkeiten angeboten und gleichzeitig in Zusammenarbeit mit den Anbietern verhindert hat, dass sie wild abgestellt werden konnten. Das wäre aus seiner Sicht durchaus bedenkenswert. Vermutlich am ehesten ein pragmatischer Mittelweg, bei dem man so etwas in den Kernzonen anwendet, wo es wirklich ein Problem ist. Während man das free-floating System vielleicht eher in den weniger frequentierten Wohnquartieren weiterführen kann, wie es bis jetzt schon der Fall ist. Die Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Antwort und die Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen. Sie werden das unterstützen.

Stefan Kaiser, FDP stellt fest, die Zeit vergehe und der Gemeinderat komme auch zur späten Einsicht. Dafür sind er und alle die, die das Wildparkieren dieser E-Zweiräder ebenfalls als Ärgernis sehen, dem Gemeinderat dankbar. Also: Einsicht lieber spät als nie. In der Interpellation von Jonas Lüthi und dem Redner, die sie im Juli 2025 beantwortet erhielten, hat der Gemeinderat noch kein Problem gesehen. Jetzt aber doch, wie es in der Ausgangslage dieser Beantwortung geschrieben steht. Die FDP überweist das Postulat, ist aber entschieden dagegen, dass wieder Parkplätze auf der Allmend wegfallen. Es muss eine andere Lösung präsentiert werden, damit man dieses Ärgernis beheben kann. Zudem fordert die Fraktion, dass ev. auch das Geofencing also Option aufgenommen oder angeschaut wird und dass es am Schluss klare Regelungen gibt. Aus Sicht der FDP ist es begrüßenswert, dass man sich auch endlich von Seiten des Gemeinderats Gedanken macht, damit der Wildwuchs wieder in geordnete Bahnen gelenkt werden kann. Die Fraktion dankt dafür und wird das Postulat überweisen.

Gaida Löhr, SP signalisiert, die SP finde das Postulat gut. Sie freuen sich, dass der Gemeinderat dieses überwiesen haben möchte und überweisen es.

Roman Oberli, SVP bedankt sich für das vorliegende Geschäft. Es wurde erwähnt, das Hauptproblem waren ursprünglich die ganzen E-Scooter und shared mobility Konzepte. Was ist das eigentlich genau? Warum wird es genutzt? Es ist ein reines Convenience Produkt, damit man von Haustür zu Haustür fahren kann. Wenn man damit von der Stadt nach Hause fahren möchte, sucht man nicht noch 200 Meter weiter hinten im Quartier einen Parkplatz, wo man den Scooter abstellen kann. Das scheint dem Votanten nicht zielführend. Im Gegenteil. Am 4. Mai hat der Rat im Geschäft 130 gesehen, dass es im öffentlichen Parkraum in gewissen Quartieren schon eine Überbelastung gibt. Dass man eigentlich mehr Parkplätze bräuchte, als es gibt. Wenn man jetzt noch Parkplätze aufhebt für solche Sachen, und auf so etwas läuft dieses Postulat hinaus, dann verschärft sich dieses Problem. Auch im Geschäft 130 wurde damals die Möglichkeit geschaffen, für Zweiräder auf privatem Grund Lösungen zu finden. Daher sieht die SVP keinen Handlungsbedarf. Sie befürchten dass Parkplätze abgebaut werden, und überweisen das Postulat nicht.

ABSTIMMUNG

Überweisung: 31 JA / 5 NEIN / eine Enthaltung (Abstimmung 19)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Gesch. Nr. 109

Interpellation: Umsetzung von sicheren Velorouten in der Gemeinde Binningen

Präsidentin Nina Eldridge, GLP fragt nach, ob der Interpellant Stellung nehmen möchte und ob Diskussion gewünscht ist.

Interpellant Lukas Jegge, Mitte/GLP dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen und sorgfältigen Bericht zur Interpellation. Der Bericht macht deutlich, dass die realen Handlungsspielräume der Gemeinde relativ klein sind in diesem Bereich. Zentrale Entscheidungen, Zeitpläne und Standards liegen beim Kanton resp. bei beiden Kantonen. Diese Abhängigkeit wirkt sich leider sehr bremsend auf den ganzen Umsetzungsprozess aus, was die Fraktion ausserordentlich bedauert und die Anwesenden im Saal vermutlich auch. Die Mitte/GLP ist aber der Meinung, auch wenn die Linienführung der Veloroute kantonal

festgelegt wird, muss die Gemeinde trotzdem ihren Einfluss geltend machen und ihre Verantwortung bezüglich sicherer Velorouten, wo es möglich ist, wahrnehmen. Insbesondere an diversen Kreuzungen oder an Engstellen, wie bspw. hier unten beim Kronenweg, sollen Verbesserungen vorgenommen werden, um die Umsetzung von sicheren Velorouten zu gewährleisten. Zusammenfassend: Der Bericht ist fundiert und transparent, macht aber auch den kleinen Einfluss der Gemeinde bei der Umsetzung von sicheren Velorouten deutlich. Umso wichtiger ist es, dass der Gemeinderat im Rahmen seiner Möglichkeiten handelt und konsequent nachbessert, um den Anspruch von sicheren Velorouten im Alltag in der Gemeinde sichtbar zu machen.

ABSTIMMUNG

Diskussion: 16 JA / 12 NEIN / 5 Enthaltungen (Abstimmung 20)

://: Diskussion wird beschlossen.

DISKUSSION

Urs Hauri, Grüne/EVP bedankt sich bei der Mitte/GLP für das Postulat und das Nachstochern auch im Sinne des bereits bestehenden Postulats von Thomas Schwarb und der BPK. Die Fraktion dankt auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für die detaillierte Antwort. Wie es sein Vorredner bereits erwähnt hat, ist der Handlungsspielraum für die Gemeinde relativ klein. Das sieht man und das Resümee ist schnell gemacht. Es gibt nichts wirklich Neues. «Das kantonale Radroutennetz ist möglichst rasch zu realisieren.» steht hier und es dauert halt ewig. Man hat das Gefühl, es komme überhaupt nicht vorwärts. Trotz der detaillierten Antwort möchte der Redner noch ein paar Fragen stellen. Vielleicht kann man das eine oder andere noch sagen. Einiges ist unklar, weil die Kantone Basel-Stadt und Baselland Federführungen haben. Die heute bestehende Linienführung via Schulcampus zum Dorenbachkreisel wird kurz- bis mittelfristig als beste Linienführung bezeichnet von vielen unbefriedigenden Optionen. Die Frage ist: Was heisst «mittelfristig»? Ist das bis 2032 oder schaut man sich davor schon an, mit Hochbahn oder so, was es für Entflechtungsmöglichkeiten für Velos und Autos gibt? Zum aktuellen Stand der Velospur auf der Hauptstrasse: Richtung Dorenbachkreisel ist es so, dass der Velostreifen ca. 20 Meter vor dem Kreisel einfach aufhört. Dort ist man dann im freien Verkehr. Man weiss nicht, wohin man als Velofahrer muss. Es gibt zwei Autospuren und im Verkehr sind diese voll. Als Velofahrer ist man dann einfach dort und mit einem Anhänger kann man überhaupt nirgendwo hin. Man muss eigentlich auf der rechten Spur nach vorne fahren, was man nicht sollte, und dann doch geradeaus fahren. Er sieht keine andere Lösung. Die Frage ist für den Votanten schon, ob man neben diesen grundsätzlichen Diskussionen, die man um die Linienführung führt, nicht dort einmal eine bessere Lösung hinbekommen könnte.

Das andere ist, eine Lösung knapp 100 Meter von der Amerikanerstrasse bis zur Baslerstrasse ist eine Verbesserung, wenn man so will, aber es bringt nicht viel. Denn danach ist man wieder auf der Hauptstrasse. Das ist eine kleine Anpassung, die er im Veloverkehr sieht. Die Strassen sind schon gemacht. Man hat die Strassen hauptsächlich für die Autos produziert und die Trottoirs für die Fussgänger. Nun hat man die Velos und die kommen irgendwie überall in die Quere. Der Redner hat daher ein Anliegen, dass er generell immer hat. Im Grundsatz heisst es, es soll eine Trennung von Fuss- und Veloverkehr geben. Er möchte den Langsamverkehr, Velo- und Fussverkehr, wirklich nicht gegeneinander ausspielen. Es ist klar, dass es böse Unfälle zwischen Velofahrern und Fussgängern geben kann. Aber es gibt mindestens so böse Unfälle zwischen Auto- und Velofahrern. Er möchte hier nicht beurteilen, was weniger schlimm ist. Daher bittet er nochmals darum, dass neben der Entflechtung von Fuss- und Veloverkehr, vor allem zwischen dem Schulcampus und dem Dorenbachkreisel, über die Entflechtung des Velo- und Autoverkehrs nachgedacht wird mit Lösungen, die etwas über das standardmässige hinausgehen. Es hat einfach schlicht zu wenig Platz. Die Grünen/EVP danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für ihren Einsatz für eine gute Lösung für alle Langsamverkehrsteilnehmenden.

Pascal Treuthardt, FDP: Ja, der kantonale Veloweg. Basel-Stadt hat vielleicht einen etwas besseren Ausdruck für seine Wege. Dort nennen sie es «Velo-Autobahnen». Man muss bedenken, dass heutige Velos so schnell fahren wie früher Mofas oder vor 130 Jahren sind Motorräder etwa gleich schnell gefahren. Es gibt ein paar gefährliche Stellen in der Gemeinde und es gibt eine Veloautobahn die praktisch über den Schulplatz führt. Es wäre schön, wenn man, je früher desto besser, eine besseren Wurf hinbekommen würde, um den Veloverkehr zu entflechten und die Veloautobahn, die viele Pendler nutzen, nicht an gefährlichen Orten durchzuführen. Dass man die Velos von der Strasse wegbekommt und v.a. von den Fussgängern. Man kann natürlich auch warten, bis ein Schulkind überfahren wird und erst dann handeln. Aber es wäre schön, wenn man es vorher machen würde. Deswegen muss man schauen, dass der zweirädrige, leicht motorisierte Durchgangsverkehr weg aus den Wohnquartieren, weg von den Spielplätzen und gut durch die Gemeinde hindurch kann, ohne dass es allzu viele Kreuzungen mit anderem Verkehr, wie Fussgängern oder Autos, gibt.

Olivier Kremo, SVP fand es eine interessante Interpellation. Er konnte doch einiges über das geplante Radroutennetz lernen. Die Interpellation spricht einen wichtigen Punkt an, denn grundlegend hat man in Binningen das Problem, dass es keine befriedigende Lösung für die Veloroute durchs Tal gibt. Besonders im Bereich Hauptstrasse / Zoo Dorenbach / Gemeindeverwaltung / Kronenmattsaal sowie Schafmattweg gibt es ein hohes Aufkommen von Velofahrern. Es gibt diverse Stellen, die gefährlich sind und Potenzial für Unfälle bergen, was sich auch immer wieder zeigt. Umgekehrt muss er aber auch seinen Vorrednern zustimmen. Die Antworten zeigen, dass zurzeit noch keine Lösungen vorhanden sind. Der Redner hat leider auch nicht die ultimative Lösung parat, aber er wünscht sich, dass dies in Zukunft besser gelöst werden kann.

Gemeindepräsidentin Caroline Rietschi, SP erklärt, der Handlungsspielraum sei klein. Dort wo man ihn hat, nutzt man ihn. Die angesprochenen, gefährlichen Stellen auf den Gemeindestrassen werden laufend beobachtet und es werden entsprechende Massnahmen ergriffen, wenn sich dort Sachen ergeben. Bevor jetzt Vorstösse oder Anfragen kommen zu Musikschule / Kronenweg und Amerikanerstrasse / Schlossgasse: Dort ist die Gemeinde daran. Das sind zwei konkrete Stellen, die immer wieder kommen. Der Gemeinderat ist dort aktuell daran, Massnahmen zu prüfen. Aber auch sonst, wenn sich neue Unfallschwerpunkte ergeben. Nicht, dass es viele davon gibt, aber wenn es welche gibt, dann wird das selbstverständlich im Rahmen der Möglichkeiten, die die Gemeinde hat, angeschaut. Bzgl. der Hauptstrasse Richtung Dorenbach: Das ist eine Kantonsstrasse. Der Kanton hat im Zusammenhang mit dem Betriebs- und Gestaltungskonzept, das man für die Hauptstrasse erarbeiten möchte, einmal mehr betont, dass der Hauptfokus «Verkehr ableiten» ist. Der Gemeinderat macht, was er kann, aber es ist nicht so einfach.

ABSTIMMUNG

Kenntnisnahme.

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis von den Antworten zur Interpellation.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 55

Postulat Mitte/GLP: Bedarf an öffentlichen Toiletten im Dorfzentrum Binningen

://: Verschoben.

Diversa

Einwohnerratspräsidentin Nina Eldridge, GLP teilt mit, heute verabschiede der Rat Peter Frauchiger. Er hat seinen Rücktritt per Ende August gegeben. Peter Frauchiger war seit Oktober 2019 in der FDP-Fraktion Mitglied des Rats und war damit fast 7 Jahre dabei. In dieser Zeit hat er sich in verschiedenen Kommissionen engagiert. Von Juli 2020 bis August 2023 war er Mitglied der damaligen Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Von Juli 2020 bis Juni 2024 war er in der Spezialkommission «Werterhaltung Schloss». Und seit der Neuorganisation der Kommissionen im Januar 2025 war er Mitglied der Rechnungsprüfungskommission und Stellvertreter in der Geschäftsprüfungskommission. Peter Frauchiger war ein sehr vokales Mitglied des Einwohnerrats und hat sich nie gescheut, seine Meinung klar zu sagen und sie deutlich zu vertreten. Mit viel Elan hat er sich für das eingesetzt, was ihm persönlich wichtig war und hat damit so manche Debatte im Saal geprägt und belebt. Sein Engagement wird im Rat fehlen. Die Präsidentin dankt Peter Frauchiger im Namen des gesamten Rats für sein langjähriges Engagement und wünscht ihm für seine Zukunft alles Gute.

Dann gibt es noch eine kurze Mitteilung zum Saal. Es gibt neue Fluchtwege im Kronenmattsaal. Die Präsidentin muss die Anwesenden darauf hinweisen, damit ihnen das bewusst ist. Es gibt zwei grosse neue Türen. Wenn es brennt, bitte den Saal durch diese Türen verlassen.

Karin Müller, SP lädt im Namen des Vorstands des Ortsmuseums Binningen alle Ratsmitglieder zur Vernissage der neuen, interaktiven Sonderausstellung «Wahrheit oder Lüge» ein. Die Vernissage mit Apéro findet am kommenden Sonntag, 30. August um 14:30 Uhr im Ortsmuseum statt. Das Museum ist aber von 14 bis 17 Uhr offen und ist gratis. Weitere Infos findet man auf der Webseite des Ortsmuseums www.ortsmuseum-binningen.ch. In der Ausstellung kann man zu ausgesuchten Museumsobjekten kurze Geschichten lesen rund um Binningen. Die Besucherinnen und Besucher sind eingeladen herauszufinden, welche Geschichten wahr und welche erfunden sind. Sie fände es schön, wenn die Anwesenden Zeit hätten, vorbei zu kommen.

Präsidentin Nina Eldridge, GLP informiert, dass es im Anschluss an die Sitzung wieder einen Apéro gibt. Sie hofft, einige bleiben noch und tauschen sich aus. Damit schliesst sie die Sitzung um 22.10 Uhr.

Abstimmung 2: Gesch. Nr. 115: Rückweisung an BPK

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 19:47:19

Gesamtergebnis:	Ja:	6	16.22 %
	Nein:	30	81.08 %
	Enthaltung:	1	2.70 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Karin Schinzel	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nein
Dunja Bühler	Nein
Laurent Inäbnit	Nein
Thomas Häfele	Nein
Pascal Treuthardt	Enthaltung
Evelyne Treuthardt	Nein
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Nein
Rahel Amacker	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Nein
Oliver Peter	Nein
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nein
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 3: Gesch. Nr. 115: Rednerliste schliessen

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 20:43:06

Gesamtergebnis:	Ja:	36	97.30 %
	Nein:	1	2.70 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Nein
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 4: Gesch. Nr. 115: Antrag SVP: Lichtsignalanlage und wenn nötig Zufahrt begrenzen

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 20:44:29

Gesamtergebnis:	Ja:	6	16.22 %
	Nein:	31	83.78 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Karin Schinzel	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nein
Dunja Bühler	Nein
Laurent Inäbnit	Nein
Thomas Häfele	Nein
Pascal Treuthardt	Nein
Evelyne Treuthardt	Nein
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Nein
Rahel Amacker	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Nein
Oliver Peter	Nein
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nein
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 5: Gesch. Nr. 115: Antrag Grüne: Investitionsausgabe von 3,055 Mio. (JA) vs. Antrag BPK: Investitionsausgabe von 2,94 Mio. Franken (NEIN)

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 20:46:21

Gesamtergebnis:	Ja:	16	44.44 %
	Nein:	18	50.00 %
	Enthaltung:	2	5.56 %
	Gesamt:	36	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Nein
Charlotte Marti	-
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Nein
Karin Schinzel	Nein
Jonas Lüthi - La Roche	Nein
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Nein
Thomas Häfele	Nein
Pascal Treuthardt	Nein
Evelyne Treuthardt	Nein
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Nein
Rahel Amacker	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Nein
Oliver Peter	Nein
Monique van Loon	Enthaltung
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Enthaltung
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 6: Gesch. Nr. 115: Genehmigung einer Investitionsausgabe von 2,94 Mio. Franken

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 20:47:04

Gesamtergebnis:	Ja:	32	86.49 %
	Nein:	5	13.51 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Olivier Kremo	Nein
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 7: Gesch. Nr. 102: Überweisung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 20:52:08

Gesamtergebnis:	Ja:	32	91.43 %
	Nein:	2	5.71 %
	Enthaltung:	1	2.86 %
	Gesamt:	35	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Enthaltung
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	-
Urs Hauri	-
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 8: Gesch. Nr. 102: Abschreibung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 20:52:42

Gesamtergebnis:	Ja:	36	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	36	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	-
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 9: Gesch. Nr. 98: Diskussion

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 20:57:20

Gesamtergebnis:	Ja:	35	94.59 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	2	5.41 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Enthaltung
Karin Müller	Enthaltung
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 10: Gesch. Nr. 137: Synopse mit Bemerkungen GR als Diskussionsgrundlage

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:05:34

Gesamtergebnis:	Ja:	33	89.19 %
	Nein:	1	2.70 %
	Enthaltung:	3	8.11 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Enthaltung
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Enthaltung
Olivier Kremo	Enthaltung
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 11: Gesch. Nr. 137: Behandlung des Geschäfts an der heutigen Sitzung

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:07:08

Gesamtergebnis:	Ja:	22	59.46 %
	Nein:	11	29.73 %
	Enthaltung:	4	10.81 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Nein
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Nein
Olivier Kremo	Nein
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Nein
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Nein
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Enthaltung
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Enthaltung
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Enthaltung
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Enthaltung

**Abstimmung 12: Gesch. Nr. 137: Änderung § 12 Ernennung Stimmenzähler:
Antrag Häfele (JA) vs. Antrag Müller (NEIN)**

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:39:04

Gesamtergebnis:	Ja:	22	61.11 %
	Nein:	13	36.11 %
	Enthaltung:	1	2.78 %
	Gesamt:	36	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	-
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Nein
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Enthaltung

**Abstimmung 13: Gesch. Nr. 137: Änderung § 12 Ernennung Stimmenzähler:
Genehmigung Antrag Häfele**

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:40:05

Gesamtergebnis:	Ja:	27	72.97 %
	Nein:	9	24.32 %
	Enthaltung:	1	2.70 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Enthaltung
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 14: Gesch. Nr. 137: Ergänzung § 17 Genehmigung Protokoll: neuer Absatz 5

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:40:55

Gesamtergebnis:	Ja:	28	77.78 %
	Nein:	6	16.67 %
	Enthaltung:	2	5.56 %
	Gesamt:	36	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Enthaltung
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	-
Erik Schellenberg	Enthaltung
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

**Abstimmung 15: Gesch. Nr. 137: Änderung und Ergänzung § 32 Protokoll Kommissionen:
Antrag Häfele (JA) vs. Antrag Kamber (NEIN)**

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:46:28

Gesamtergebnis:	Ja:	15	41.67 %
	Nein:	21	58.33 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	36	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Nein
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Nein
Lukas Jegge	Nein
Gian Kamber	Nein
Oliver Peter	Nein
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	-
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nein
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Nein

Abstimmung 16: Gesch. Nr. 137: Änderung und Ergänzung § 32 Protokoll Kommissionen:**Genehmigung Antrag Kamber**

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:47:10

Gesamtergebnis:	Ja:	23	62.16 %
	Nein:	14	37.84 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Nein
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Nein
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Nein
Karin Glaser	Nein
Elif Çakar	Nein
Urs Hauri	Nein
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 17: Gesch. Nr. 137: Änderung § 47a Abstimmungsinformationen Behördenreferendum

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:48:12

Gesamtergebnis:	Ja:	37	100.00 %
	Nein:	0	0.00 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 18: Gesch. Nr. 137: Änderung § 49 Stille Wahl

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:49:02

Gesamtergebnis:	Ja:	35	97.22 %
	Nein:	1	2.78 %
	Enthaltung:	0	0.00 %
	Gesamt:	36	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	-
Hubert Steffen	Ja
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 19: Gesch. Nr. 104: Überweisung Postulat

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:56:17

Gesamtergebnis:	Ja:	31	83.78 %
	Nein:	5	13.51 %
	Enthaltung:	1	2.70 %
	Gesamt:	37	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Nein
Charlotte Marti	Nein
Roman Oberli	Nein
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Enthaltung
Olivier Kremo	Nein
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Ja
Dunja Bühler	Ja
Laurent Inäbnit	Ja
Thomas Häfele	Ja
Pascal Treuthardt	Ja
Evelyne Treuthardt	Ja
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Ja
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	Ja
Gian Kamber	Ja
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Ja
Felix Gerber	Ja
Ralph Büchelin	Ja
Lewin Lempert	Ja
Patrick Bürgler	Ja
Özlem Ipek-Avvisati	Ja
Erik Schellenberg	Ja
Emil Schoch	Ja
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Ja
Gaida Löhr	Ja
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Ja
Sirin Hauri	Ja

Abstimmung 20: Gesch. Nr. 109: Diskussion

Typ: Ja/Nein/Enthaltung

Ergebnisse: Ja

Zeitstempel: 24.08.2026 21:58:57

Gesamtergebnis:	Ja:	16	48.48 %
	Nein:	12	36.36 %
	Enthaltung:	5	15.15 %
	Gesamt:	33	100.00 %

Individuelle Ergebnisse:

Nina Eldridge	Ja
Christian Schmid	Ja
Charlotte Marti	Ja
Roman Oberli	Ja
Hubert Steffen	Nein
Melanie Held	Ja
Olivier Kremo	Ja
Niklas Mattsson	Nicht anwesend
Peter Frauchiger	Nicht anwesend
Stefan Kaiser	Ja
Karin Schinzel	Ja
Jonas Lüthi - La Roche	Enthaltung
Dunja Bühler	Nein
Laurent Inäbnit	Enthaltung
Thomas Häfele	Enthaltung
Pascal Treuthardt	-
Evelyne Treuthardt	-
Brigitte Schori	Nicht anwesend
Leon Behrends	Enthaltung
Rahel Amacker	Ja
Lukas Jegge	-
Gian Kamber	-
Oliver Peter	Ja
Monique van Loon	Nein
Felix Gerber	Nein
Ralph Büchelin	Nein
Lewin Lempert	Enthaltung
Patrick Bürgler	Nein
Özlem Ipek-Avvisati	Nein
Erik Schellenberg	Nein
Emil Schoch	Nein
Karin Müller	Ja
Andrea De Fregias	Nein
Gaida Löhr	Nein
Aline Glaser	Ja
Karin Glaser	Ja
Elif Çakar	Ja
Urs Hauri	Ja
Peter Bertschi	Nein
Sirin Hauri	Ja